

ausgezuckt

in politischen Alltagsdiskussionen. Aber es geht auch anders. **08**

ausgeborgt

für Marketingzwecke: feminism is on vogue. **13**

ausgenutzt

in staatlich verordneter Zwangsarbeit. **21**

ausgebildet

bei der ÖH. Wie die politische Laufbahn von vielen bei der ÖH beginnt. **31**

Kaffee im CV?

Warum dir dein Praktikum nichts bringen kann.

P.b.b.|ErscheinungsortWien|Verlagspostamt1040|GZ02Z031545M|EUR0,73



 -WAHL | 16.-18. MAI 2017

WOLLEN?
WÄHLEN!



DENN WOLLEN HEISST WÄHLEN.

 fb.com/bundesoeH  [@BundesOeh](https://twitter.com/BundesOeh)  [BundesOeH](https://www.instagram.com/BundesOeH)

ALLE WEITEREN INFOS UNTER WAHL2017.OEH.AC.AT

04 FAD, ABER WICHTIG.

Bildungspolitik und andere Neuigkeiten von deiner Lieblings-Studierendenvertretung.

Bildung

06 MYTHOS PRAKTIKUM

Wie Unternehmen rechtliche Grauzonen ausnutzen, um Studierende auszubeuten und wie du dich wehren kannst.

08 POLITISCHE ALLTAGSDISKUSSSIONEN

Gibt es überhaupt eine Möglichkeit, sinnvoll mit meinem rassistischen Onkel zu diskutieren? Über Alltagswissen und Tellerränder.

10 PORNOS AN DIE SCHULE

Über den Umgang mit Pornographiekonsum von Kindern und Jugendlichen.

Feuilleton

12 MARCO POLO UND DER CAMPING-BUS

Von Alexander dem Großen zum "Post-Tourismus": Zur Geschichte des Reisens

13 WIE VIEL POP VERTRÄGT FEMINISMUS?

Kann ein Feminismus, der im Mainstream angekommen ist, überhaupt noch etwas ausrichten?

14 NICHT LÄNGER WEGSEHEN!

Die Zahl rechtsextremer Straftaten steigt rapide an. Politik und Polizei schauen weg.

16 REZENSIONEN

Musik, Deutschtümmelei, Coming of Age und Steine.

TRENNERBILDER: FELIX-LEVIN JOHN

"Dieses grafische Bildprojekt behandelt die Thematik einer neuen Welt. Die Bilder erinnern an Aufnahmen aus dem All, spiegeln aber in Wirklichkeit Schnee, Schlamm und Wasser wider. Naturprozesse, welche uns in der Realität gewöhnlich erscheinen. Meine Faszination für dieses Projekt gilt der Science-Fiction."

Felix-Levin John geboren in Freiburg im Breisgau lebt und arbeitet in Berlin. Seine neue Herausforderung sind Installationen. Slow Art Consume ist ein wichtiger Grundsatz für ihn, daher gründete er für junge und unbekannt Künstler_innen die Webseite "aftpftr" (art from the poor for the rich) auf welcher er auch vertreten ist.

Wissenschaft

20 ÜBER FRAUEN, DIE ZU BOMBEN WERDEN

Interview mit Yasemin Makineci zu Selbstmordattentäterinnen.

21 EINFACH ZU BRAUCHBAR

Warum die Gender Studies ihren Gegner_innen zu nützlich sind.

22 DIE LEICHTIGKEIT DES PATIENTEN-SEINS

Ist der Begriff Klient*in in der Psychologie fehl am Platz?

23 NULL-EURO-JOBS ALS ZUKUNFT DER ARBEIT

Österreich droht ein Hartz IV-ähnliches System. Was bedeutet diese Verstaatlichung der Arbeitskraft?

24 REZENSIONEN

Rosa Hellblau-Falle, Antisemitismus in den USA und Nachhaltigkeitsdiskurse.

Dossier

27 WAS DU ÜBER DIE ÖH WISSEN SOLLTEST

Eine Anleitung für deine gesetzliche Vertretung, von einer Anfängerin für Anfänger_innen.

28 DIE HERAUSFORDERUNGEN DER ÖH

Welche Themen werden die Bundesvertretung die nächsten zwei Jahre beschäftigen und was sagen die einzelnen Fraktionen dazu?

30 ZWISCHEN WIDERSTAND UND KOMPLIZ*INNENSCHAFT

Wie Studierendvertretung in einer Basisgruppe funktioniert – oder auch nicht.

31 DIE ÖH ALS KARRIERESPRUNGBRETT

Ein Einblick in die Welt von Karrierist*innen, Nachwuchspolitiker*innen und engagierten Studierenden.

ILLUSTRATIONEN IM DOSSIER: ISBELA LOWAK

Isbale Lowaks Wahlheimat ist vor vier Jahren Wien geworden. Die aus Nürnberg Zugezogene studiert im vierten Semester Design, Handwerk und materielle Kultur an der New Design University. Zu ihren Waffen gehören Feder und Tusche. Isbale arbeitete vor kurzem mit Babe papes und entwarf neue Longpapes in limitierter Auflage zum Thema Alice im Wunderland.

„Meine Arbeiten sind stets von Linien geprägt und selten von Farbe begleitet.“

Ins Plastische setze ich gerne Schrilles, Buntes und Glitzerndes um.“

Editorial

Liebe Leser_innen!

Wenn ihr diese Zeilen lest, ist der ÖH-Wahlkampf wahrscheinlich so weit fortgeschritten, dass ihr keine Plakatständer mehr sehen könnt und eure Feuerzeugreserven für die nächsten Jahre aufgefüllt sind. Wir müssen euch trotzdem noch etwas quälen und haben ein Dossier zur anstehenden Wahl zusammengestellt. Darin erklären wir nicht nur, was diese komische ÖH eigentlich ist und wie ihr sie wählen könnt, sondern auch, welchen Herausforderungen sich die kommende ÖH-Generati-on stellen muss. Die ÖH-Wahl betrifft aber auch das *progress*.

Dass wir das Magazin der ÖH-Bundesvertretung sind, wird die Zukunft dieses Mediums ebenfalls in der Wahlkabine entschieden. Wer sich die Wahltage im Kalender angekreuzt hat und bestens informiert ist, darf dann auch im Rest des Heftes stöbern. Der ist natürlich wie immer sehr lesenswert, die Themenspannbreite reicht diesmal von Pornos in der Schule, über rechtsextreme Straftaten bis hin zu Patient*innen, die plötzlich zu Klient*innen werden.

Wir wünschen euch eine gute Lektüre!

Eure *progress*-Redaktion

Impressum

Ausgabe: 02/2017

Auflage: 100.000 Stück

Erscheinungsmonat: Mai

Medieninhaberin: Österreichische Hochschüler_innenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

Kontakt für Abo-Fragen: progress-online.at/seiten/abo-auswahl
(Wir bearbeiten keine Abo-Anfragen über den allgemeinen Kontakt!)

Kontakt Redaktion: progress@oeh.ac.at

Redaktion: Joël Adami, Carina Brestian, Carmela Migliozi und Florian Wagner

Autor_innen dieser Ausgabe: Joël Adami, Rem Bibischew, Carina Brestian, Julia Coufal, Mogue Cunningham Liebon, Anne Marie Faisst, Anna Grellmeer, Simon Gansinger, David Hellbrück, Therese Kaiser, Colin Kaggl, Katja Krüger-Schöller, Marie Luise Lehner, Bianca Xenia Mayer, Clara Porak, Andrea Reisinger, Niko Schreiter, Julia Spacil, Florian Wagner, Lea Wiese, Lucilio Zwerk

Cover: Sarah Langoth

Lektorat: Karin Lederer, Marlies Weissinger

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Grundlayout: R. Radschopf, E. Riedmann

Fad, aber wichtig!

Neues Lehramt

Das Referat für pädagogische Angelegenheiten hat sich in den letzten zwei Jahren intensiv mit der Reform der Ausbildung zukünftiger PädagogInnen, der sogenannten „PädagogInnenbildung NEU“ (PBN), auseinandergesetzt.

Da selbst nach deren flächendeckender Einführung im Wintersemester 2016 noch Problemfelder vorhanden waren, hat das PädRef ein Forde-rungspapier verfasst. Darin wird auf ungelöste Problematiken hingewiesen und es werden konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Studienbedin-gungen für angehende PädagogInnen vorgestellt. Thematisiert wird zum Beispiel, dass Studierende durch das neue Verbundsystem nun zwischen unterschiedlichen Studienorten pendeln müssen. Dies macht ein leistbares Öfiticket für Studierende unabdingbar.

Das PädRef organisiert außerdem weiterhin Austauschtreffen und Info-veranstaltungen zu PBN und anderen Themen im Bereich PädagogInnen-bildung und ist bemüht, diverse Studienvertretungen miteinander zu vernetzen, damit auch weiterhin gemeinsamer Einsatz für die Ver-besserung der Studienbedingungen stattfinden kann.

Bildungspolitik

Das Bildungspolitische Referat der ÖH, kurz BiPol, beschäftigt sich mit Themen rund um Bildungs- und Hoch-schulpolitik. Das umfasst unter an-de-rem Aufgaben wie Stellungnahmen zu Gesetzen und Gesetzesvorlagen, die Beratung von Studierenden und das Abhalten von Schulungen für Studie-rendenvertreter_innen. Das Referat übt aktiv Einfluss auf die Bildungspo-litik aus, indem es an verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen zu Hoch-schulpolitik beteiligt ist, in die eigene Ideen und Vorstellungen eingebracht werden. Dies betrifft beispielsweise die Qualitätssicherung der Lehre oder die Forderung nach einem offenen und gerechten Hochschulzugang ohne Studiengebühren und Zugangsbe-schränkungen.

Neben verschiedenen Projekten bietet das BiPol juristische und allgemeine Beratung für Studierende und Stu-dierendenvertreter_innen an. Zudem ist es die zweite Instanz, wenn lokale Hochschulvertretungen mit der Lösung von Problemen nicht weiterkommen. In diesen Fällen versucht das Referat zu-sammen mit der Hochschulvertretung in Kontakt mit Unileitungen zu treten und setzt die Rechte von Studierenden notfalls auch gerichtlich durch. Dieses Service ist für Studierende kostenlos.

Infoquelle ÖH-Webseite

Ein Blick auf die ÖH-Webseite lohnt sich, denn hier gibt es Infos zu den umfangreichen Services und Bera-tungen, die von der ÖH angeboten werden.

Die ÖH ist als gewählte Interessens-vertretung von Studierenden darum bemüht, das Studierendenleben leichter zu machen. Dazu gehört nicht nur die Auseinandersetzung mit hochschulpolitischen Themen wie Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren, die ÖH kümmert sich auch um andere Probleme, die im Alltag von Studierenden auftauchen. Ob es um Wohnrechtsberatung und das Durchchecken von Mietverträgen geht, um Studieren mit Kind oder den

Umgang mit psychischer Belastung im Studienalltag, die ÖH stellt ein umfangreiches Beratungsangebot bereit, das dazu dient, Studierende in allen Lebenslagen zu unterstützen.

Doch auch abseits von Beratung gibt es eine Vielzahl an Services, wie die unterschiedlichen Fördertöpfe zum Beispiel zur finanziellen Unterstüt-zung von Projekten, den SMS-Erinne-rungsservice oder die ÖH-Helpline. Außerdem bietet die Webseite einen Überblick über Strukturen und Funkti-onsweisen der ÖH und informiert über die Verwendung deines ÖH-Beitrags.

Diese Infos und Services und noch vieles mehr findest du unter oeh.ac.at.

Das Schwarze Brett

Seit dem Jahr 2012 betreibt die Bundesvertretung der Österreichischen Hoch-schülerInnenschaft die Online-Plattform Schwarzes Brett, um vor allem Studie-rende bei der österreichweiten Job- und Wohnungssuche zu unterstützen. Die kostenlose Börse steht prinzipiell allen AnbieterInnen offen, Firmen genauso wie Privatpersonen, die die Richtlinien der ÖH einhalten und entsprechende Inserate anbieten möchten. Beispielsweise sollen nur provisionsfreie Wohnun-gen zugelassen werden.

Voraussetzung für die Anmeldung ist eine kurze Registrierung auf der Webseite schwarzesbrett.oeh.ac.at, nach welcher die NutzerInnen sogleich selbstständig Anzeigen abspeichern und verwalten können. Nach einer Überprüfung werden diese freigeschaltet. Für Job- und Wohnungsuchende gibt es neben offenen Stellen und WG-Zimmerangeboten außerdem eine eigene Rubrik für Kinderbe-treuung und Praktikumsplätze. Wer weitere Fragen hat, kann sich gerne beim Team des Schwarzen Bretts unter der Mailadresse schwarzesbrett@oeh.ac.at melden.

BILDUNG

An aerial photograph of a river delta, showing a complex network of channels and distributaries. The water is a deep blue, and the surrounding land is a mix of green and brown, indicating a mix of vegetation and bare earth. The word 'BILDUNG' is overlaid in the upper right quadrant in a bold, red, sans-serif font.

Mythos Praktikum

Arbeiten zum Nulltarif

Der Arbeitsalltag von Studierenden ist von prekären Arbeitsverhältnissen geprägt. Immer mehr junge ArbeitnehmerInnen finden sich in Scheinselbständigkeit, Praktika und Volontariaten wieder. Viele Unternehmen nutzen rechtliche Grauzonen schamlos aus, um sich auf ihre Kosten zu bereichern.

Die meisten Jobausschreibungen beinhalten den kleinen Satz „mehrjährige Erfahrung im Bereich xy wünschenswert“. Um diese geforderte Erfahrung sammeln zu können, verschlägt es angehende ArbeitnehmerInnen dann in sogenannte Praktika. Die Unternehmen locken mit aufregenden Tätigkeiten und versüßen einem die Arbeit oftmals mit der Option auf Verlängerung oder gar Fixanstellung. Hier wären wir auch schon beim Mythos Praktikum angelangt, denn die Realität sieht meist leider anders aus: mangelnde Einschulung, schlechte oder keinerlei Bezahlung und nach einigen Monaten des Schuftens heißt es dann auf Wiedersehen. Anschließend beginnt für viele das ganze Spiel wieder von vorne. Für eine richtige Anstellung bringt man zu wenig Erfahrung mit, darum wird einem ein weiteres Praktikum angeboten oder empfohlen.

Kein Wunder also, dass laut einer aktuellen Erhebung der GPA-djp (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier) mehr als ein Viertel der jungen ArbeitnehmerInnen schon vier oder mehr (freiwillige und verpflichtende) Praktika absolviert haben. 92 Prozent der Studierenden sehen zudem die Notwendigkeit, weitere Praktika zu absolvieren, um ihre Jobchancen am Arbeitsmarkt zu

verbessern. ExpertInnen zufolge steigt die Anzahl an Praktikumsplätzen stetig, während die Aussichten auf ordentliche Arbeitsplätze auch für AbsolventInnen von BMS, BHS, Fachhochschulen und Universitäten eher trist sind. Die Zahl der arbeitslosen JungakademikerInnen ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass immer mehr Studierende sich in prekäre Arbeitsverhältnisse drängen lassen, sind diese doch allemal besser als gänzlich arbeitslos zu sein, oder? Der Bundesjugendsekretärin der GPA-djp Barbara Kasper zufolge verschließt die österreichische Wirtschaftskammer vor dem Prekariat die Augen. Die Unternehmen seien nur daran interessiert, durch Praktika Nachwuchs auszubilden und zu rekrutieren.

DER MYTHOS. Ein großes Problem ist, dass es laut Arbeitsrecht das Praktikum gar nicht gibt. Menschen in Österreich können als ArbeiterIn oder Angestellte/r beschäftigt werden oder freie DienstnehmerInnen sein, aber die Anstellungsform des Praktikums existiert nicht. Diese Titulierung dient in erster Linie dazu, die Entlohnung zu schmälern. Unternehmen wird so die Möglichkeit geboten, sich in rechtlichen Graubereichen zu bewegen und sogenannte Praktika werden zum lukrativen Geschäftsmodell auf Kosten der Jugend.

Gerade das Argument der Unternehmen, man müsse sich neue MitarbeiterInnen erst einmal ansehen, ist an den Haaren herbeigezogen. Dafür gibt es längst ein geeignetes Mittel, genannt Probemonat.

Praktikum ist nicht gleich Praktikum. Pflichtpraktika sind im Rahmen einer (Hoch-)Schulbildung zu absolvieren und können sowohl in Form eines Arbeitsverhältnisses als auch eines Ausbildungsverhältnisses gemacht werden, je nachdem welcher Aspekt überwiegt. Handelt es sich dabei um ein Arbeitsverhältnis, steht PraktikantInnen durchaus Gehalt zu. Als praktische Indikatoren können folgende Fragen dienen: Bin ich in die Hierarchie des Unternehmens eingegliedert? Gibt es jemanden, der mir anordnen kann, was ich zu tun und zu lassen habe? Übernehme ich eine betriebliche Aufgabe (zum Beispiel E-Mail-Korrespondenz für das Unternehmen)? Habe ich einen fixen Arbeitsplatz und eine eigene Mailadresse? Dank der Bemühungen der Gewerkschaft bilden viele Kollektivverträge die besondere Situation von PflichtpraktikantInnen inzwischen ab. Laut KV für Angestellte im Metallgewerbe werden PflichtpraktikantInnen die ersten zwei Monate mit 80 Prozent des regulären Einstiegsgehalts entlohnt, anschließend sogar voll. Volontariate sind hingegen reine

Ausbildungsverhältnisse und dienen dem Hineinschnuppern in bestimmte Berufe. Man erhält dafür kein Geld, ist aber in keiner Art weisungsgebunden. Sprich: Es gelten keine Bürozeiten oder Kündigungsfristen. Nimmt man neben Schule oder Studium aber ein freiwilliges Praktikum an, handelt es sich hierbei in der Regel um ganz normale befristete Dienstverhältnisse, die dem jeweiligen Kollektivvertrag unterliegen und entsprechend bezahlt werden müssen.

ZWANGSBEGLÜCKT. Die Studierenden-Sozialerhebung 2016 zeigt, dass 2015 44 Prozent der 47.000 befragten Studierenden mindestens ein Praktikum absolviert haben, 25 Prozent ein Pflichtpraktikum und 28 Prozent ein freiwilliges. Die Ergebnisse der zuvor angesprochenen Studie der GPA-djp sind noch erheblich erschreckender. Es wurden 400 Universitäts- und FH-Studierende sowie SchülerInnen aus BMS, BHS oder sonstigen berufsbildenden Schulen befragt. 61 Prozent aller Studierenden und 82 Prozent aller SchülerInnen müssen im Rahmen ihrer Ausbildung ein Pflichtpraktikum vorweisen können. Diese nehmen nicht nur prozentual, sondern auch an zeitlichem Ausmaß zu. Bis zu 20 Wochen oder mehr müssen absolviert werden, um die Ausbildung beenden zu können. Wann und unter



welchen Bedingungen ihre Auszubildenden gezwungen sind zu arbeiten, interessiert die (Hoch-)Schulen in der Regel kaum. Kritisch hinterfragt werden muss hier, wozu Praktika in immer mehr universitäre Studienpläne aufgenommen werden. Warum müssen zum Beispiel Studierende des Bachelors Japanologie an der Uni Wien ein Praktikum im Ausmaß von 160 Stunden absolvieren?

Die Tätigkeitsfelder können bei der Absolvierung von Praktika stark variieren: bergeweise Akten kopieren, Kaffee kochen, Telefonzentrale spielen, für Vorgesetzte Einkäufe tätigen oder Recherchen erledigen, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Doch auch anspruchsvolle Positionen werden fallweise mit billigen PraktikantInnen besetzt, um etwa längere Krankenstände oder Karenzzeiten von MitarbeiterInnen zu überbrücken. So erlangt man mit Sicherheit wertvolle Berufserfahrungen, aber auch viel Stress um wenig Geld. Laut der psychologischen Studierendenberatung haben ca. ein Viertel aller Studierenden psychische Probleme wie Ängste, Depressionen und Krisen. Inwiefern hier ein Zusammenhang zwischen psychischen Erkrankungen und dem wachsenden Druck besteht, sei jetzt einmal dahingestellt. Doch der Studierenden-Sozialerhebung 2016 zufolge waren 61 Prozent der Studierenden auch unter dem Semester erwerbstätig, 18 Prozent davon sogar

Vollzeit, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Von den Befragten gaben 54 Prozent an, Probleme dabei zu haben, Studium und Erwerbstätigkeit unter einen Hut zu bringen, und 26 Prozent waren stark von finanziellen Schwierigkeiten betroffen.

ARBEITEN ZUM NULLTARIF. Die traurige Wahrheit sieht zudem so aus, dass jede/r dritte Studierende zum Nulltarif arbeitet. Während der Verdienst bei SchülerInnen noch 68 Prozent des Anreizes ausmacht, sind es bei den Studierenden nur mehr ernüchternde 53 Prozent. Nur ein Drittel der Studierenden verdient bei Praktika mehr als 1.000 Euro und ein weiteres Drittel muss sich mit einem Gehalt von unter 800 Euro zufriedengeben.

Auch in Bezug auf das Arbeitsverhältnis machen sich die ArbeitgeberInnen die Unwissenheit der jungen ArbeitnehmerInnen zum Vorteil. ArbeiterIn, Angestellte/r, DienstnehmerIn, freie/r DienstnehmerIn, Werkvertrag, Honorarnote – bitte was? Jeder Begriff steht für andere Rahmenbedingungen, Pflichten und Rechte, doch den Überblick zu behalten, fällt oft schwer. In der Regel lassen einem die Unternehmen ohnehin keine Wahl. Sollte es sich bei einem Praktikum aber um ein Arbeitsverhältnis handeln, kann auch im Nachhinein entsprechende Entlohnung bzw. die Abführung von

Sozialversicherungsbeiträgen erstritten werden. Es empfiehlt sich dabei bereits vor Antritt eines Praktikums oder kurz nach dessen Beendigung, juristische Beratung aufzusuchen, um Ansprüche abzuklären. Nützliche Informationen hierzu bieten unter anderem die Arbeiterkammer, das Sozialreferat der ÖH sowie die GPA-djp. Diese setzt sich für eine einheitliche Regelung von Pflichtpraktika in den Kollektivverträgen im Sinne fairerer Entlohnung und Arbeitsbedingungen für die PraktikantInnen ein. Auch ein Verbot von Praktika nach der Fach- bzw. Hochschulausbildung steht auf dem Programm! Allerdings sind diese Forderungen nur dann von Erfolg gekrönt, wenn sie von den Betroffenen mitgetragen werden.

SICH ZUR WEHR SETZEN. Doch was kann man tun, wenn man un(ter)-bezahlt ist, einen falschen Werkvertrag ausübt oder in die Scheinselbstständigkeit gedrängt wird? Welche Mittel und Wege stehen einem/einer zur Verfügung, um doch noch zu seinem/ihem Recht zu kommen? Es wäre schön, wenn es jungen ArbeitnehmerInnen finanziell möglich wäre, solch fragwürdige Jobangebote ablehnen zu können. Da aber die meisten auf Geld und/oder Berufserfahrung angewiesen sind, muss man zu anderen Mitteln greifen. Neben teuren Rechtsschutzversicherungen gibt es die Möglichkeit, die Arbeiterkammer aufzusuchen oder

Gewerkschaftsmitglied zu werden. Die GPA-djp bietet beispielsweise eine kostenlose individuelle Erstberatung an. Möchte man anonym Missstände in seinem Praktikum melden, kann man dies unter watchlist-praktikum.at tun. Diese Plattform leitet die Daten auf Wunsch der PraktikantInnen an die Gebietskrankenkassen weiter, die die Unternehmen dann gegebenenfalls einer Prüfung unterziehen. Auch Stelleninserate, die mit dem Titel Praktikum versehen sind und hinsichtlich Entlohnung, Versicherung und Arbeitszeit zweifelhaft erscheinen, können dort gemeldet werden.

Möchte man sich den Ärger ganz ersparen, ist es ratsam, auf schwarzesbrett.oeh.ac.at nach Jobs mit dem Gütesiegel Praktikum der ÖH Ausschau zu halten. Diese müssen bestimmte Kriterien erfüllen und achten beispielsweise auf eine gerechte Entlohnung, die Art der Anstellung und den Umfang. Zudem legt die ÖH Wert auf eine geschlechts- und nationalitätsneutrale Formulierung der Inserate. Egal, an welche der Stellen man sich am Ende des Tages wendet, fair statt prekär ist einfach besser.

Julia Coufal hat Deutsche Philologie an der Universität Wien studiert und ist Funktionärin in der GPA-djp-Jugend Wien.

Politische Alltagsdiskussionen

Wer Leute dazu animieren will, über den eigenen Tellerrand zu blicken, ist gut beraten, das selbst auch zu tun.

Ich weiß nicht, ob ihr das auch kennt, aber ich finde mich relativ häufig in politischen Diskussionen wieder, in denen sich alles in mir zusammenkrampft, wenn ich meinem Gegenüber so zuhöre. Und da ist es egal, ob es um Grenzzäune, Frauenquoten oder Mindestsicherung geht. Ärgerlich finde ich eigentlich immer dasselbe: Die verkürzte Art, wie über soziale Probleme nachgedacht wird, wo sie uns doch eigentlich alle betreffen und genug Anstoß zum kritischen Denken existiert.

Die akademische und politische Linke generiert seit jeher kritisches Wissen, um ungerechte Gesellschaftsverhältnisse zu bekämpfen, nicht zuletzt, indem sie Bewusstsein darüber schafft. Nun lässt sich natürlich einwenden, dass es seit jeher auch gesellschaftliche Kräfte gibt, die sich tatkräftig gegen eine entsprechende Modernisierung wehren. Verständlicherweise – von sozialer Ungleichheit profitieren ja auch die einen oder anderen. Aber diese Profiteur_innen sitzen mir in meinem Alltag eigentlich kaum gegenüber. Zumindest strukturiert sich die Argumentation meiner Gesprächspartner_innen meist nicht danach, ob sie profitieren oder nicht. Viel eher scheint es egal zu sein, wie relevant ein politisches Thema ist. Dass alle Menschen ein differenziertes Wissen dazu haben, ist ganz offensichtlich zu viel verlangt. Irgendwie eh klar. Alltagswissen entsteht eben unter bestimmten Voraussetzungen, die das zunächst kaum anders ermöglichen.

WISSEN UND HANDELN. Eine der wohl bemerkenswertesten Einsichten aus der Wissenssoziologie ist, dass Wissen immer in Zusammenhang mit Handeln gefasst werden muss, das heißt, dass jedes Wissen auf den Handlungsrahmen bezogen ist, in dem es nützlich sein soll und in dem es bestehen muss. In der akademischen Auseinandersetzung mit Geschlecht können theoretische Überlegungen und empirische Befunde zu einer umfassenden Analyse des Geschlechterverhältnisses zusammengetragen werden, die Aufschluss über die hierarchische Positionierung von Männern und Frauen in der

Gesellschaft gibt. Für den Alltag dieser Männer und Frauen ist es zunächst aber völlig ausreichend zu wissen, wie man sich dem eigenen Geschlecht entsprechend kleidet und verhält (und auch für die Genderforscherin ist diese Kompetenz abseits ihrer akademischen Metaposition unverzichtbar). Alltagswissen beschränkt sich also zunächst auf das, was im Handlungsrahmen des eigenen Alltags so auftaucht und relevant wird. Dazu gehören auch Inhalte des öffentlichen Diskurses über politische Themen, die mehr oder weniger bewusst aufgenommen werden.

Nun sind Inhalte des öffentlichen Diskurses, zum Beispiel die Berichterstattung in Mainstreammedien, nicht immer darauf ausgelegt, Sachverhalte adäquat darzustellen, egal wie wichtig das Thema sein mag. Nebst der Tatsache, dass Medien einem starken Verwertungszwang unterliegen und daher zunehmend auf Unterhaltung und Skandalisierung setzen, sind sie freilich auch Schauplätze politischer Kämpfe, in denen unterschiedliche Stimmen zu Wort kommen, die Ausdruck politischer Kräfteverhältnisse sind. Und diese Stimmen tauchen auch in Alltagsdiskussionen wieder auf.

Das macht Alltagsdiskussionen zu Räumen der politischen Auseinandersetzung. Und zwar zu welchen, auf die wir direkten Einfluss haben. Wir sind also gut beraten, uns Kommunikationsstrategien zu überlegen, bei denen wir am Ende nicht selbst völlig verzweifeln. Weil nervenaufreibend ist das schon, immer wieder erklären zu müssen, dass an der Prekarisierung der Arbeitswelt nicht wirklich „die Ausländer“ schuld sind und die Feministinnen nicht an der „Verweichlichung des Mannes“.

RAUM DER REFLEXION. Aber wie lässt sich eine Diskussion so gestalten, dass Reflexion möglich ist und sie nicht in Ärger und Frustration endet? Raphaela Weiss vom Verein „Sapere Aude“ zur Förderung politischer Bildung beschreibt für ihre Arbeit in Workshops, dass es zunächst wichtig sei, sich einer

belehrenden Haltung à la „Ich sag euch jetzt wie’s funktioniert!“ zu entledigen. Ähnlich argumentiert der Geschlechterforscher Paul Scheibelhofer von der Uni Innsbruck, dass es in der Vermittlung von kritischem Wissen nicht darum gehen soll, Leute zu erleuchten. Anstatt also krampfhaft zu versuchen, das eigene Wissen in die Köpfe anderer zu füllen, ist es viel sinnvoller sich anzusehen, was sie selbst aus kritischen Überlegungen an Wissen generieren. Ein wichtiger Punkt dabei ist laut Scheibelhofer, einen Bezug zu eigenen Erfahrungen herstellen zu können. Gerade bei gesellschaftspolitischen Themen ist das oft gut möglich. So können ganz im Sinne guter alter Soziologie persönliche Probleme als soziale Themen erkannt werden. Dieser Zugang bietet auch die Chance, selbst etwas aus einem Gespräch mitzunehmen und Wissenskoalitionen zu bilden.

Ganz in diesem Sinne ist es weiters hilfreich, sich nicht über Aussagen zu empören, auch wenn das mitunter eine der schwersten Aufgaben in Diskussionen ist. Ein genialer Trick, um auch die eigenen Emotionen hier abzufangen, ist es, wie Weiss vorschlägt, Fragen zu stellen, wenn einem eine Aussage nicht einleuchtet: „Es bringt tausendmal mehr, Leute selbst auf Zusammenhänge bzw. auf die Komplexität mancher Dinge draufkommen zu lassen, als ihnen eine fremde Meinung aufzuzwingen.“ Fragenstellen zeigt Interesse an der Sichtweise der anderen, ist respektvoll, schafft Vertrauen und kann damit zu einer guten Gesprächsbasis beitragen, auf der es dann, wie Weiss argumentiert, viel leichter wird, Aussagen zu überdenken. Durch Fragenstellen lässt sich weiters, wie die Sozialwissenschaftlerin Katharina Debus betont, die „Beweislast“ umkehren, so dass nicht nur meine Perspektive „erklärungsbedürftig“ ist, sondern auch die andere. Fragen kommen weniger aufdringlich daher als Gegenreden und eignen sich dadurch gut als Input zum Weiterdenken. Durch Zuhören erfährt man aber auch selbst mehr, bekommt einen tieferen Einblick in Gedankengänge und Argumentationslinien des Gegenübers und kann damit Verständnis für dessen Positionierung erzeugen. Verständnis, das



Fotos: Johanna Rauch



nicht nur das Gegenüber beruhigen kann, sondern auch einen selbst. Es ermöglicht, die eigene Einstellung gegenüber anderen zu verändern. Zu verstehen, warum sich eine Person so positioniert, wie sie es tut, kann es deutlich leichter machen, mit dieser Positionierung zurechtzukommen und bietet vielleicht sogar Anlass, sich mit eigenen Erwartungen auseinanderzusetzen, die an andere Personen gestellt werden. Und nicht zuletzt ist Verständnis aufzubringen ebenfalls ein wertvoller Beitrag auf der Beziehungsebene, weil es der anderen Person vermittelt, ernstgenommen zu werden. Die Beziehungsebene beschreibt Debus als ganz zentral für einen Raum der Reflexion, denn Vertrauen macht in der Vermittlung von Problematiken vieles leichter. Dazu, meint sie, ist es auch förderlich, Missverständnisse von vornherein aus dem Weg zu räumen. Böse Absichten, die einem unterstellt werden könnten, sind ja relativ schnell verneint: „Ich bin keine Männerhasserin, aber ich bin dafür, dass Frauen und Männer die gleichen Möglichkeiten im Leben haben. Und du?“ Denn das funktioniert auch in die andere Richtung. Auch einem selbst kann es ein beruhigendes Gefühl geben, zu wissen, dass das Gegenüber nicht prinzipiell ein sexistisches oder rassistisches Archloch ist. Hier lässt sich an einen weiteren Punkt anknüpfen, auf den die Sozialwissenschaftlerin aufmerksam macht: Hinter einer diskriminierenden Aussage steht nicht unbedingt die Absicht, zu diskriminieren. Es ist daher sinnvoll, zwischen Absichten und Effekten zu unterscheiden.

Letztendlich, so meint auch Debus, können wir nicht den Anspruch haben, von unserem Gegenüber ein sofortiges „Ach ja, stimmt!“ zu bekommen. Sie sieht

Widerstand als zentralen Teil des Lern- und Reflexionsprozesses, in den wir viel emotionale Energie hineinstecken.

AUSZUCKEN? Welche Rolle Emotionen in Räumen der Reflexion spielen können, ist wohl relativ offen. Das Spektrum an Diskussionsgefühlen ist riesig: Aggression, Empathie, Angst, Dankbarkeit und so weiter. Auch die Arten der Gefühlsäußerungen sind vielfältig und wirken situationsabhängig unterschiedlich. Das macht viele Wege des Umgangs mit eigenen und fremden Emotionen in Diskussionen plausibel. So ist Weiss in Workshop-Situationen darum bemüht, Diskussionen um politische Themen auf einer sachlichen Ebene zu halten. Wobei sie meint, dass es auch hier manchmal legitim ist, Emotionen einzubringen, gerade bei sozialpolitischen Themen, wo ein emotionaler Bezug zum eigenen Leben besteht. Ihr geht es darum, Wege zu vermitteln, konstruktiv über Politik zu sprechen. Einen anderen Aspekt hat mir unlängst ein Fundraiser auf der Straße in Bezug auf seine Arbeit beschrieben. Beim Spendeneintreiben für Amnesty International ist es eine wesentliche Aufgabe, Bewusstsein über politische Missstände zu schaffen. Sympathie aufzubauen und eine emotionale Verbindung zu Problemen herzustellen ist dabei das Um und Auf. Und warum auch nicht? Emotionale Energie ist ein zentraler Antrieb, für Gerechtigkeit zu kämpfen. Oder auch für etwas Anderes. Gerade für rechte Politiken werden Emotionen gekonnt instrumentalisiert. Nicht umsonst setzt der Rechtspopulismus darauf, Wut oder Ängste in den Menschen zu schüren. Und auch wenn rechte Erzählungen von sozialen Problemen und Lösungen die Realität nicht adäquat abbil-

den, sind die entstandenen Emotionen dennoch real und verlangen politisch danach, ernstgenommen zu werden. Insofern ist die klassische Forderung „Man muss die Leute halt auch verstehen“ nicht ganz abwegig. Das muss allerdings mit Bedacht erledigt werden und darf, wie Debus betont, nicht dazu führen, dass diskriminierende Diskurse Raum bekommen und legitimiert werden: „Vielmehr kann es hilfreich sein, einerseits diskriminierenden Aussagen klare Grenzen zu setzen und andererseits gemeinsame nicht-diskriminierende Anliegen zu finden, die ernst genommen werden, wie zum Beispiel die Sorge vor ökonomischer Prekarisierung, das Gefühl mangelnder Mitbestimmung oder der Wunsch nach Orientierung und Handlungsfähigkeit“. Es geht freilich nicht darum, in jeder Situation für jede Person Verständnis und Mitgefühl aufzubringen, oder immer ruhig zu bleiben. Sondern diese Möglichkeiten neben vielen anderen wahrzunehmen und zu nutzen.

PÄDAGOGISCHER AUFTRAG? Vermittlung von kritischem Wissen kann keineswegs nur auf individueller Ebene passieren. Freilich muss es immer darum gehen, Strukturen mitzudenken. Die individuelle Ebene ist aber nicht unwesentlich, weil sie unseren unmittelbaren Einflussbereich darstellt. Unsere Nerven sind es, die es uns danken, wenn politisch relevante Inhalte in geeigneter Weise diskutiert werden. Es geht nicht zuletzt auch darum, Wege zu finden, solche Diskussionen für sich selbst erträglich oder sogar fruchtbar zu machen.

Carina Brestian studiert Soziologie an der Universität Wien.



Foto: Sarah Langsoth

Pornos an der Schule

Pornographie hat längst im kulturellen und sozialen Leben von Kindern und Jugendlichen Fuß gefasst. Wieso sollte sie nicht Gegenstand des Sexualunterrichtes sein?

Pornographie ist ein Konsumgut unserer Gesellschaft. Man kann ganz nach eigenem Belieben im Internet darauf zugreifen. Die Suchkategorien sind vielzählig. Die Industrie richtet sich stark nach männlichen Interessen und expandiert, um möglichst viele sexuelle Vorlieben anzusprechen. . Etwa 1,5 Milliarden Besucher_innen pro Monat verzeichnen allein die drei beliebtesten Seiten (Pornhub, xHamster und Redtube).

OMNIPRÄSENTES THEMA. Wir beschäftigen uns aktiv mit unserer Sexualität und tauschen uns mit Freund_innen über Erfahrungen aus. Gönnen wir uns kurz eine Pause, konfrontieren uns Medien und Werbung mit dieser Thematik. Pornografische Inhalte umgeben uns somit täglich und der soziale Druck ist da. Diese Einflüsse übertragen sich auch auf Kinder und Jugendliche. Trotzdem wird Pornographie tabuisiert und erscheint als Randthematik in der schulischen Sexualerziehung.

PURE ROMANTIK. An der University of Arkansas ergab eine inhaltliche Analyse der meist konsumiertesten Porno-Filme, dass in 89 % physische Aggression und in 49 % verbale Aggression angewendet wird, die hauptsächlich von Männer ausgeübt und von Frauen mit Vergnügen oder einem neutralen Verhalten geduldet wird. Bringt der offene und in vielen Fällen unkontrollierte Zugang zu Pornographie eine neue Generation kleiner gewaltbereiter Sexist_innen hervor, die von Liebe und Lust nichts wissen möchten?

In „Alles Porno?“ befasst sich Laura Kuhle anhand verschiedener Studien mit dem Sexualverhalten

heutiger Kinder und Jugendlicher. Der Erstkontakt mit Pornographie erfolge durchschnittlich im Alter zwischen elf und zwölf Jahren. Etwa die Hälfte der befragten 16 bis 19-Jährigen geben an, mindestens einmal in der Woche Pornos zu konsumieren. Wo Mädchen Neugier, Spaß und Lernen angeben, steht die sexuelle Erregung und Selbstbefriedigung für Buben im Vordergrund. Um Auswirkungen und Einfluss des Pornographiekonsums zufriedenstellend zu erforschen, wären Langzeitstudien nötig. Mit keiner der herangezogenen Studien ließen sich jedoch „schädliche Auswirkungen auf das Sexualleben Jugendlicher und ihrer Lebensgestaltung“ belegen.

ÄNGSTE UND SORGEN. Dieses Differenzieren beherrschen aber nicht alle in gleichem Maße. Zwar lassen die Studien keine Rückschlüsse auf gewalttätige, sexistische oder misogynen Verhaltensweisen, doch stellt Kuhle gleichermaßen fest, dass Kinder durch Pornographie einen Leistungsdruck verspüren und damit überfordert, verunsichert und verängstigt seien. Die entscheidenden Komponenten hinsichtlich einer negativen Beeinflussung der Psyche und des Verhaltens bei Kindern und Jugendlichen sind „Medienkompetenz, eigene sexuelle Erfahrung, wahrgenommene Realitätsnähe der pornographischen Skripte, sowie das soziale und kulturelle Umfeld der Jugendlichen“. Sind diese Bereiche nicht genug entwickelt, erfolgt keine Differenzierung zwischen diesen Welten. Wo Mädchen sich fragen, ob sie gewisse Praktiken ausführen oder unterwürfig sein müssen, bedienen sich Buben des Porno-Jargons, um an ihrer männlichen Identität zu basteln und be-

schäftigen sich mit Leistungsfaktoren wie Ausdauer und Penisgröße.

KLARTEXT IN DER SCHULE. Es ist wichtig, dass sich Eltern möglichst früh mit der Aufklärung der Kinder beschäftigen und Fragen beantworten. Laut dem deutschen Sexualberatungsverband ProFamilia gehen diese Fragen mit zunehmendem Alter eher zurück, da dieser intime Thematik als unangenehm empfunden wird. Stattdessen wenden sich Kinder und Jugendliche an Gleichaltrige, um sich auszutauschen. Deswegen sollte die Auseinandersetzung mit Pornographie Teil der Sexualerziehung im schulischen Kontext darstellen.

In Großbritannien versucht man den Zugang zur Pornographie für Minderjährige mittels Gesetzen und Blockaden zu erschweren. Ob dieser Ansatz Früchte tragen wird, ist fraglich, wenn man bedenkt, wie technologieaffin jüngere Generationen sind. Während die dänische Forderung, Porno-Videos als Unterrichtsmaterial zu zeigen, etwas gewagt wirkt, könnten Lehrer_innen zumindest gezielt auf das Halbwissen der Kinder eingehen und damit arbeiten. Ein wesentliches Problem sei, laut dem Sexualwissenschaftler Konrad Weller, die nicht stattfindende frühzeitige Begleitung sexueller Sozialisation. Stattdessen werde eine Verwahrlosungsdebatte geführt, in der Kinder und Jugendliche zu „präsexuellen Wesen verklärt werden“.

Mogue Cunningham Liebion studiert Rechtswissenschaften an der Universität Wien.

FEUILLETON





Marco Polo und der Camping-Bus

Ein kleiner historischer Abriss des Reisens –
von Alexander dem Großen bis zum Post-Tourismus

Reisen stammt laut Duden aus dem Mittelhochdeutschen und bedeutete lange Zeit Aufbruch, (Heer-)Fahrt oder auch (Heer-)Zug, verweist also bereits etymologisch auf etwas, das sich von einem zu einem anderen Punkt bewegt und ein entferntes, meist unbekanntes Ziel ansteuert, das – durchaus auch militärisch – erschlossen werden soll.

REISELITERATUR. Aus der historischen Reiseliteratur geht zunächst hervor, dass das Reisen lange Zeit mehr Qual als Erholung bereitet hat und dass es außerdem nie funktionsfrei war. Die Reiseliteratur hat frühe Wurzeln: Der Indienraubzug Alexander des Großen wurde vermutlich erstmals im 3. Jahrhundert n. Chr. von dem Hofhistoriografen Kallisthenes anhand einer biografischen Nacherzählung literarisch gefasst.

Im Zuge der Erschließung neuer Handelsmärkte wurde fortan gereist – die Reiseliteratur galt künftigen Entdeckern als Leitfaden. Der erst 17jährige Marco Polo begleitete seinen Vater Niccolò auf einer 24 Jahre andauernden Reise, die erst 1295 ihr Ende nehmen sollte. Infolge einer Seeschlacht geriet er in genuesische Kriegsgefangenschaft und diktierte dort seine Erlebnisse einem Mitgefangenen. In den Büchern finden sich ausgiebige Landschaftsbeschreibungen, darüber hinaus berichtet er aber auch über religiöse Sitten und Herrschaftsverhältnisse. Columbus studierte vor seinem Aufbruch in die Neue Welt Marco Polos Schriften.

Reisen erfolgte selten aus freiwilligem Antrieb: Matrosen, die heute gerne romantisiert werden, waren meist schwer für die langwierigen Schifffahrten zu begeistern, die Lebensumstände auf und unter Deck eine Tortur. Oft zwang man auf Fernreisen Ganoven, Taugenichtse, Verbrecher, Sklaven und andere, die man in der Alten Welt nicht vermisste, unter majestätischer Flagge in See zu stechen.

REISEINDUSTRIE. Als bald stellte sich auch das Reisen unter das Joch des Kapitals – aus der Tortur wurde ein Privileg. Bäderreisen galten im 18. Jahrhundert als Vorrecht von AristokratInnen und Beschreibungen dienten der schnellstmöglichen Route, ohne Landschaftsbeschreibungen und Sightseeing-Tipps. In dem 1836 erschienenen „Red Book“ von John Murray sind allerdings schon erste Sehenswürdigkeiten und romantische Wegrouen notiert.

Durch die Industrialisierung im 19. Jahrhundert war die Erschließung bislang unbekannter Flecke nicht mehr nur der Aristokratie vorbehalten, sondern auch dem aufstrebenden BürgerInnentum. Im Juli 1841 organisierte Thomas Cook als Erster eine, heute vielleicht so zu bezeichnende, Pauschalreise; vier Jahre später gründete er sein bis dato bekanntes Reisebüro, um die Bedürfnisse breiter kleinbürgerlicher Schichten zu bedienen. Reisen wurde als bald zur Industrie, indem es sich dem Massentourismus öffnete. Der Campingtourismus der 1950er und '60er als Freizeitprogramm markiert den Höhepunkt der Reiseindustrie. Der VW-Bus – das romantisierende Sinnbild der Ferne. Doch das Reisen war auch hier nie funktionslos, diente nie dem einfach Schönen, es war – wie alle freie Zeit – auf die Reproduktion der Arbeitskraft ausgelegt.

Reisen war in der Moderne nie unabhängig vom Status der Reisenden zu sehen, denn diese schöpften einen Mehrwert aus der Fahrt. Die Person selbst, wie Hans Magnus Enzensberger feststellte, tritt neben das Reiseziel und allein das soziale Prestige zählt: „Zum Programm der touristischen Reise gehört als letzter Punkt die Heimkehr, die den Touristen selbst zur Sehenswürdigkeit macht.“ 1950 mokiert der Vielreisende Gerhard Nebel in seinem Buch „Unter Kreuzrittern und Partisanen“ am Massentourismus, dass ein Land, das vollständig touristisch erschlossen wurde, nur noch eine Kulisse bilden würde,

und behauptete, es gäbe eine dämonische Kraft des Reisens. Sein Groll brach sich gegen PauschaltouristInnen Bahn, die wie eine Krankheit über ihre Reiseziele hereinbrechen würden. In dieser Kritik äußert sich eine Abscheu gegenüber der Moderne und der Öffnung von Reismöglichkeiten auch für nicht-Privilegierte. Verachtet wird das Reisen der Unterschichten – Pauschalismus.

POST-TOURISMUS. Der Urbanist Johannes Novy charakterisiert die „Post-TouristIn“ – ein Modewort – als eine Person, die es vermeidet, in Hotels zu übernachten. Sie sei nicht interessiert an den wichtigen touristischen Attraktionen, sei auf der Suche nach unkonventionellen Erfahrungen und vertreibe sich die Zeit in angesagten Nachbarschaften. In der Sendung „Urlaub XXL – Europa macht frei!“ auf Arte wird erklärt, dass die Post-TouristIn sich „in der Stadt verlieren“ und hinter die „Fassade sehen“ möchte. Bei genauerer Betrachtung kann und will sie dem Alltäglichen überhaupt nicht mehr entfliehen, da sie dem alltäglichen Trott nur an anderem Ort nachgeht.

In Berlin, so gibt ein Guide für Post-TouristInnen zu verstehen, besuche man daher Hinterhöfe, Berliner Cafés und Flohmärkte – es wird jenes bestaunt, was es in jeder beliebigen größeren Stadt zu sehen gibt. Der Post-TouristIn geht es nicht um Erholung oder die Abwesenheit des Alltags, sondern um das Erlernen einer Sprache, sie nützt den Aufenthalt für die Arbeit oder das Studium. Dies wird sodann als authentische Erfahrung verkauft und nicht als das, was es erscheint: eine Selbstoptimierungskampagne, um sich in der (meist) akademischen Arbeitswelt besser zu platzieren. Reisen war und ist nie unabhängig von einer Funktion. Der Post-Tourismus betreibt die Ausweitung der Arbeitswelt ins Unendliche.

David Hellbrück ist freier Autor und Verleger und studiert u.a. Philosophie in Wien.

Wie viel Pop verträgt Feminismus?

„Feminismus ist in!“, schreien uns Werbekampagnen und Stars entgegen. Was passiert mit der Frauenbewegung, wenn Feminismus zu einem Konsumgut wird?

Wenn sich Unternehmen feministische Ästhetik für Verkaufszwecke ausborgen, dann ist das durchaus irritierend. Vor allem, weil nicht immer klar ist, ob nun Umsatzsteigerung oder offene Unterstützung frauenpolitischer Agenden im Vordergrund stehen. Ebenso ist es mit Promis, für die Feminismus in ihrer Kommunikationsstrategie eine Rolle spielt. Im Oktober 2016 referierte Bitch-Media-Chefredakteurin Andi Zeisler im Rahmen des Business Riot zum Thema „Marketplace Feminism“. Dieser Feminismus kommt unpolitisch daher und will vor allem eines: Feminismus als Lifestyle mit entsprechend käuflich erwerbbarer Produktpalette feilbieten. Mit ihrem Buch „We Were Feminists Once“, das gerade auf Deutsch erschienen ist, hat sie den Kern der Debatte getroffen. Wenn sie die Umweltbewusstseins-Kampagnen der Hollywood-Stars der 90er und frühen 2000er mit der Vereinnahmung des feministischen Diskurses durch Prominente und Turnschuhhersteller vergleicht, dann wird klar, dass Feminismus derzeit schlichtweg im Trend liegt.

Andi Zeisler kommt zum Schluss, dass wir aufmerksam und behutsam mit Feminismus umgehen müssen, um hohle Marketingstrategien rund um Girlpower und Girlgang zu enttarnen: Ein Hashtag alleine ist kein politischer Akt. Damit hat sie recht: Wenn ein Label vordergründig politische Anliegen unterstützt und ich deshalb seine Produkte kaufe, unterstütze ich noch immer die Firma und nicht die politische Bewegung.

FEMINISMUS SCHLÄGT ZURÜCK.

Wie geht man mit Initiativen um, die zwar breit mobilisieren können, aber bestehende bzw. feministische Diskurse vernachlässigen und Begrifflichkeiten einführen, die nichts mit kollektiven Unrechtserfahrungen zu tun haben? Leonie Karpfer, Redakteurin des feministischen Magazins *an.schläge*, betont die Ambivalenzen, die eine kritisch-feministische Aneignung popkultureller Strömungen in sich birgt: „Popfeminismus darf nicht inhaltslos bleiben, sondern muss klar gesellschaftliche Missstände anprangern. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auf die kapitalistische und neoliberale



Foto: Sarah Langoth

Vereinnahmung von popfeministischen Strömungen aufmerksam zu machen.“

Was wäre nun, wenn der Feminismus quasi dem Kapitalismus eins auswischt, und sich Marktstrategien aneignet, um seine Agenden zu verbreiten? Das ist wissentlich oder unabsichtlich die Strategie vieler junger Initiativen, die vor allem die Funktionsmechanismen der sozialen Medien zu nutzen wissen. Kapitalismus und seine Kritik tanzen immer Tango und besonders ersterer eignet sich findig die Strategien seiner Gegner_innen an, wie Luc Boltanski und Ève Chiapello in ihrem Buch „Der neue Geist des Kapitalismus“ Anfang der

2000er Jahre herausstellten. Was aber, wenn sich nicht nur der Kapitalismus die Modi seiner Kritik aneignet, sondern auch umgekehrt die Kritik die kapitalistischen Kommunikationsstrategien?

Diese Vorgehensweise birgt einige Gefahren. Beispielsweise, in feministische Belanglosigkeit abzudriften.

MARKENBOTSCHAFTER_INNEN.

Besonders gefährlich ist Popfeminismus dann, wenn die Gesichter, über die er kommuniziert wird, einem dominanten Schema entsprechen, das sich grob als weiß, heterosexuell und privilegiert

beschreiben lässt und in Modelmaßen daherkommt. Wenn (sozialisierte) Ästhetik über Inhalt steht, bzw. der Inhalt gar nicht mehr erkennbar ist vor lauter Glamour, dann wird kein Dienst an feministischen Bestrebungen geleistet. Zwar können solche Bilder durchaus als disruptiv gegenüber diskriminierenden und klischeehaften Bildern von Feminist_innen gewertet werden; da das Aufbrechen solcher Stereotype aber meist nicht das Ziel von Werbekampagnen ist, werden hier schlichtweg Bilder ausgetauscht. Die Feministin von damals ist von Kopf bis Fuß behaart und frisst im Kurzhaarschnitt die Männer um sich herum, die Feministin des 21. Jahrhunderts posiert auf Instagram mit Schmolzmund im „The Future is Female“-Shirt.

Beide Stereotype sind gleichsam gefährlich, spaltend und werden der Diversität der Akteur_innen nicht gerecht. Wenn sich die Werbeindustrie am feministischen Diskurs bedienen will, dann wäre es wünschenswert, sie würde das in der Verantwortung machen, die so eine Aneignung mit sich bringt – oder sie lässt es bleiben. Umgekehrt steht es feministischen Initiativen frei, sich diese Öffentlichkeit kritisch anzueignen, lautstark Inhalte einzufordern, wo sie nicht vorhanden sind, und Werbegags zu enttarnen. Wer sich seitens der Werbeindustrie aufdrücken lässt, wie Feminismus auszusehen hat, hat womöglich nicht die nötigen Instrumente, sich gegen so eine Vereinnahmung zu wehren. In diesem Sinne braucht es Aufklärungsarbeit von inhaltsstarken Initiativen. Denn unterm Strich bleibt: Das Schlimmste, was passieren kann, ist, dass sich die feministische Bewegung durch Marketingstrategien spalten lässt, denn gerade in Zeiten des Aufschwungs der konservativen, antifeministischen Rechten braucht es eine breite, gemeinsame Lobby, die kritischen Diskurs zwar nach innen betreibt, aber nach außen mit gemeinsamer Stimme spricht.

Therese Kaiser ist Co-Geschäftsführerin des Business Riot Festivals und ist in verschiedenen feministischen Initiativen aktiv. Sie hat Politikwissenschaft an der Universität Wien studiert.

Nicht länger wegsehen

Seit zwölf Jahren steigt die Zahl rechtsextremer Straftaten rapide an. Linke Aktivist_innen und Künstler_innen geraten zunehmend ins Visier. Die Polizei bleibt tatenlos.

Foto: Mohammad Mosadegh

Rechtsextreme Gewalt nimmt rasant zu. Verzeichnete das Innenministerium im gesamten Jahr 2004 noch 322 Anzeigen wegen Verbrechen oder Vergehen mit rechtsextremem Tathintergrund, waren es 2015 bereits 1.691. Statistisch gesehen wird alle fünf Stunden eine solche Straftat verübt – von der Dunkelziffer ganz zu schweigen.

Dieses Erstarken der militanten extremen Rechten manifestierte sich in den letzten Monaten in einer ganzen Serie an rechtsextremen Angriffen, Drohungen und Sachbeschädigungen gegen linke Strukturen, Räume und Personen. So wurden Tür und Fassade des linken Raumkollektivs w23 innerhalb weniger Monate gleich sechs Mal beschädigt. Zwei Mal versuchten die Täter dabei, sich Zugang zum Raum zu verschaffen. Auch die Anarchistische Buchhandlung im 15. Bezirk, das Ernst-Kirchweger-Haus sowie die Rosa-Lila-Türkis-Villa wurden in jüngster Vergangenheit Ziel rechtsextremer Sachbeschädigungen und Angriffe. Vor rund einem Jahr waren Personen auf dem Heimweg nach einer Kundgebung in Graz von bewaffneten Kadern der rechtsextremen „Identitären“ überfallen und verletzt worden. Ebenso ist 2014 einer Antifaschistin das Fenster eingeschossen worden, kurz nachdem sie ein Buch über die neofaschistische Gruppe veröffentlicht hatte. Nach einem Fernsehauftritt erhielt sie außerdem einen Drohbrief per Mail. Im Jahr 2012 wurde der betagte Antifaschist Albrecht Konecny am Rande der Proteste gegen den WKR-

Ball von Neonazis mit einem Schlagring niedergeschlagen.

RECHTSEXTREMISMUS AN DER UNI. Auch vor der Universität machen rechtsextreme Umtriebe nicht Halt. Die Räumlichkeiten der Fakultätsvertretung Human- und Sozialwissenschaften (HUS) wurden mehrfach Ziel von Sachbeschädigungen, neben eingeschlagenen Fenstern hinterließen die Täter auch rassistische Botschaften an der Fassade. Erst im Jänner wurde eine Podiumsdiskussion der autonomen antifa [w] an der Universität Wien gestört, einschlägig bekannte rechtsextreme Hooligans stellten den Schutz für die Störaktion. Die Bühnenstürmung der „Identitären“ während der Aufführung von Jelineks „Schutzbefohlenen“ im Audimax ist nun schon ein Jahr her. Obwohl die Beteiligten zweifelsfrei identifiziert und auf ÖH-Initiative auch wegen Besitzstörung rechtskräftig verurteilt wurden, gibt es nach wie vor keine Anklage wegen der im Zuge der Stürmung verübten Körperverletzungen.

Diese Aufzählung rechtsextremer Straftaten gegen linke Aktivist_innen, Künstler_innen und Räume ist keineswegs vollständig, macht aber die Bedrohung durch steigende rechtsextreme Gewalt deutlich. Außerparlamentarisch aktive Rechtsextreme werden derzeit selbstbewusster, organisieren sich verstärkt, bauen neue finanzstarke Strukturen und eigene Medienkanäle auf – das alles im Windschatten der FPÖ. Die steigende Reichweite und der bedeutend höhere

Organisationsgrad eröffnen ihnen neuen Handlungsspielraum. Dieses Erstarken bringt nicht zuletzt eine merklich höhere Gefahr für politische Gegner_innen mit sich, ins Visier von Angriffen – von öffentlicher Diffamierung bis hin zu körperlicher Gewalt – zu geraten.

OPFERSCHUTZ? FEHLANZEIGE! Bestärkt werden militante Rechtsextreme nicht zuletzt auch durch die Untätigkeit der Polizei, denn neben dem rechtsextremen Hintergrund haben all die genannten Fälle vor allem eines gemein: Die Täter_innen wurden nie verurteilt. Keine einzige der im Artikel erwähnten Straftaten wurde bisher aufgeklärt, keine Anklage erhoben, in den meisten Fällen wurden nicht einmal konkrete Beschuldigte ermittelt. Das sendet den Täter_innen ein fatales Signal: Dass ihnen nichts passiert, wenn sie politische Gegner_innen angreifen – dass der Staat wegsieht, solange die Betroffenen keinen Promistatus haben. Was den Schutz der Betroffenen von rechtsextremer Gewalt angeht, haben sich Polizei und Verfassungsschutz bisher nicht gerade als leuchtendes Vorbild hervorgetan.

Auf die Spitze trieb es dabei die Grazer Polizei, die nach dem erwähnten Angriff „Identitärer“ Kader im Jänner 2016 die Adressen und Telefonnummern der Betroffenen an die Täter_innen weitergab. Ein Antrag auf Schwärzung solcher personenbezogenen Daten der Opferschutzorganisation „Weißer Ring“, der die Betroffenen juristisch vertrat und betreute, wurde abgelehnt.

Wenig überraschend: Die Ermittlungen wurden kurz darauf eingestellt. In einem anderen Verfahren wurde dem Opfer einer Nötigung durch Neonazis in der Vernehmung zur Tat ein Aktenauszug einer ganz anderen Anzeige – nämlich einer von Rechtsextremen gegen Unbekannt – vorgelegt und es wurde mehrfach versucht, sie nach einer Tatbeteiligung zu befragen. Ein weiterer Fall solch einer Täter-Opfer-Umkehr war der Umgang mit dem Angriff auf eine Gewerkschaftssitzung im Ernst-Kirchweger-Haus. Am Ende dieses Prozesses wurden Gewerkschafter verurteilt, während die angreifenden Hooligans aus dem Umfeld von „Eisern Wien“ und „Unsterblich Wien“ freigesprochen wurden.

IN DIE OFFENSIVE. Mit diesem Verhalten gefährdet die Polizei Betroffene rechtsextremer Gewalt noch zusätzlich, statt sie zu schützen. Dieser Umstand führt uns die Notwendigkeit antifaschistischen Selbstschutzes einmal mehr vor Augen. Die Bedrohung durch rechtsextreme Umtriebe und deren steigende Gewaltbereitschaft ernst zu nehmen, aber kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Vielmehr sollte sie zum Anlass genommen werden, antifaschistische Arbeit auf allen Ebenen weiterzuführen, Rechtsextremen das Selbstvertrauen, die Straße und jeglichen öffentlichen Raum konsequent streitig zu machen.

Julia Spacil studiert Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft an der Universität Wien.

CHECK YOUR JOB plattform

Arbeitest du zu zuviel?
Wirst du ungerecht bezahlt?
checkyourjob.oeh.ac.at

Politik, die wirkt. Service, das hilft.

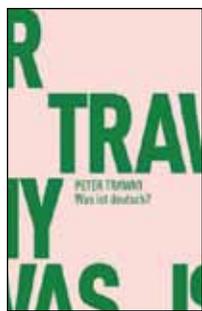
Ein gemeinsames Projekt der GPA-djp Jugend und des Sozialreferates
der Österreichischen Hochschüler_innenschaft Bundesvertretung

GPA djp
DIE JUGENDGEWERKSCHAFT

ÖH
Bundes-
vertretung



TRAWNYS DEUSCHTÜMELEI



Der Heideggerianer Peter Trawny bläst in seinem knappen Essay *Was ist deutsch?* einen kleinen Gedanken zum ganz großen auf: Intellektuelle seien ihrer gesellschaftlichen Relevanz beraubt worden. Ausgehend von Theodor W. Adornos Radioessay *Auf die Frage: Was ist deutsch* entstellt Trawny

Adorno regelrecht zur Unkenntlichkeit, nennt ihn kurzerhand den „Spiritus Rector der Bundesrepublik“ und macht ihn posthum zum Säulenheiligen des postnazistischen Deutschland. Adornos Denken und Wirken wäre noch stark genug gewesen, um „die Vertreter eines anderen Deutschland in Schach zu halten.“ Heute sähe das mit Thilo Sarrazin, dem

keine nennenswerte Entgegnung widerfahre, anders aus: Es herrsche ein „Diskurs-Vakuum“. Nicht jedoch zu Adornos Lebzeiten, denn dieser hätte nicht nur als „eine Instanz“ gewirkt, er selbst sei aus dem Exil zurückgekehrt, um eine Gesellschaft aufzubauen, „in der es sich nach dem Schrecklichsten wieder leben ließ“. Der Judenmord verkommt schlussendlich nicht nur zum schlecht-abstrakt Schrecklichen, nein, für die wahrlich vernichteten Jüdinnen und Juden ließ es sich nicht mehr in dieser Gesellschaft leben – sie beraubte man der Individualität und befahl sie ins Massengrab. Dass Adorno jedoch in dem oben genannten Radioessay auch die Anpassungsschwierigkeiten bei seiner Rückkehr hervorhob, ihm jeder Mitmachzwang zuwider war, darüber schweigt Trawny freilich.

Im Weiteren schreibt Trawny über die Verfallsgeschichte der zweiten Generation der Kritischen

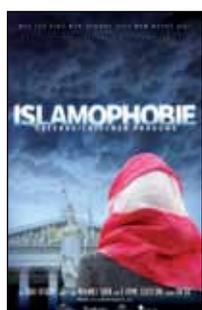
Theorie eines Jürgen Habermas und von Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab*. Nicht fehlen darf ein „autobiografischer Exkurs“, wo der Autor darstellt, dass er bei sich angesichts von Auschwitz keine Schuldgefühle feststellen kann, da er von der Gnade des Spätgeborenen zehrt. Überhaupt sei die Rede von der Schuld, die er zum „Schuldkomplex“ aufbläht, irreführend, denn dies lenke von der Erinnerung an Auschwitz ab. Beinahe glücklich kann man sich schätzen, dass Trawny nicht auch noch auf die Idee kommt, gegen die lebenden Jüdinnen und Juden vom Leder zu ziehen.

Peter Trawny: Was ist deutsch? Adornos verratenes Vermächtnis. Matthes & Seitz Berlin. Edition Fröhliche Wissenschaft 105, 2016. 108 Seiten, 10 Euro.

David Hellbrück ist freier Autor und Verleger und studiert u. a. Philosophie in Wien.

Film-Rezension

MUSLIME ALS DIE NEUEN JUDEN



Diesen März wurde der Dokumentarfilm *Islamophobie österreichischer Prägung*, der bereits im vergangenen Jahr Premiere feierte, im Wiener UCI-Kino gezeigt. Der Andrang zur dritten Vorstellung war überraschend groß, der Saal an einem Montagabend fast ausverkauft.

Der Film von Regisseur Sinan Ertugrul hat den Anspruch, Islamfeindlichkeit in Österreich zu problematisieren. Während auf der einen Seite rassistische Angriffe in den letzten Jahren nachweislich zunehmen, muss sich der Film auf der anderen Seite die Frage gefallen lassen, ob es ihm im Kern um den Schutz von Individuen, oder um den Schutz der Religion geht.

In mehreren ExpertInneninterviews wird betont, dass man Diskriminierung und Angriffe auf Einzelne

thematisieren möchte. Verschiedene Beispiele von Diskriminierung werden den Plot hindurch auch immer wieder aufgegriffen. Allerdings präsentiert der Film durchgehend Personen, die dem politischen Islam das Wort reden. Einer der befragten Experten, Universitätsprofessor Rüdiger Lohlker, verkehrt Theodor W. Adornos und Max Horkheimers *Dialektik der Aufklärung* und versucht diese als Beweis anzuführen, weshalb die Aufklärung per se schlecht sei. Er übergeht dabei schamlos die Dialektik, die bereits im Titel des Buches betont wird.

Auch einige persönliche Beispiele von Islamophobie, die im Film angerissen werden, nehmen der zu Anfang naiv geäußerten Behauptung, es ginge um den Schutz von Individuen, die Glaubwürdigkeit. Es wird suggeriert, das Eintreten gegen sexuelle Gewalt an Frauen in islamischen Ländern sei „koloniales Denken“. Oder dass es bereits rassistisch sei, wenn die Sportlehrerin muslimische Schülerinnen auch an Ramadan auffordert, genügend Wasser zu trinken. Ein eindringliches Motiv, das zum Ende des Filmes

mehrmals Erwähnung findet, ist der Vergleich von MuslimInnen und Juden/Jüdinnen in den 1930er Jahren. Dabei wird „Charlie Hebdo“, die französische Satirezeitschrift, die vor zwei Jahren Ziel eines islamistischen Terroranschlags wurde, indirekt zum neuen „Völkischen Beobachter“ erklärt, der es auf Muslime abgesehen habe. Mehrere der im Film interviewten ExpertInnen bezeichnen Religionskritik als eindeutig rassistisch und damit als illegitim. Das ist schade, denn es bekräftigt zum einen das Bild von Religion als quasi-natürlicher Zugehörigkeit, zum anderen stellt es säkulare und reformerische Kräfte ins Abseits.

Islamophobie österreichischer Prägung wird seit 2016 in ausgewählten Kinos gezeigt.

Anna Grellmeier studiert im Master Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Kunst-Rezension

FELSEN SIND AUCH NUR MENSCHEN



Wenn Ashley Williams über ihre Arbeit spricht, tut sie das leise. Fast so, als wäre es ihr unangenehm, hinter dem Rücken der Kunstwerke über diese zu urteilen. „Ich liebe Felsen. Vielleicht sind sie für andere Menschen langweilig, aber nicht für mich“, sagt die 31jährige Künstlerin in ihrem Studio in Berlin. Auf der

Wand hinter ihr: mehrere kleine Porträts von Felsen und Gesteinsvariationen. Vulkane, Monde, Murmeln und fantasievolle Galaxien mit korallfarbenen Krusten und Einbuchtungen.

Als die 1985 in Virginia geborene Künstlerin vor sechs Jahren nach Colorado zog, begann sie ihre Umgebung gründlich zu analysieren. Sie war es

gewohnt, graue Felsen zu sehen – aber pinke? „Die Oberfläche der Felsen in Colorado hat der menschlichen Haut sehr geähnelt.“

Ashley beginnt ihre bislang umfassendste Reihe *sentient* („bewusst“). Stundenlang sitzt sie neben Felsen, macht Fotografien. 300 an der Zahl, bis sie die besten auswählt und in einen neuen Kontext setzt. „Manchmal hat der Fels eine neue Landschaft nötig, um darin zu leben.“ Sie porträtiert Felsen genauso ehrfürchtig wie die Maler der Renaissance einst Königfamilien und bringt damit ihr stolzes Wesen zum Vorschein. Schwebend, kopfüber, aus der Vogelperspektive.

Im Januar zieht sie von den USA nach Deutschland, genauer nach Hohenstein in Bayern. Ashley kündigt ihren Lehrerinnen-Job, verkauft das Eigentum und beschließt, fortan in Künstlerresidenzen mit Gleichgesinnten zu leben. „Meine Bilder verkaufe ich von

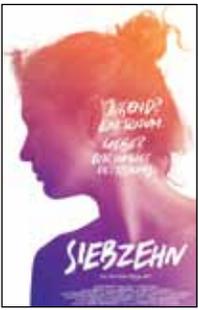
unterwegs, auch wenn ich mit kleineren Leinwänden auskommen muss“, sagt Ashley. Der Preis beginnt bei 900 Dollar, proportional zur Größe der Werke steigt er.

Gelernt hat sie an einer „liberalen“ Kunstschule, mit Zugang zu Fächern wie Psychologie. Draußen zu sein habe ihr für das kreative Fortkommen mehr gebracht als der Unterricht an der Universität. Malerin zu sein ist für Ashley der beste Job der Welt. „Ich habe eine Ausrede, um mich mit genau den Dingen zu beschäftigen, die mich interessieren. Ich habe eine Ausrede, um interessante Menschen zu treffen. Und obendrein kann ich auch noch tun, was ich liebe.“

Ashley Williams: Sentient
<http://aerofauna.com>

Bianca Xenia Mayer hat Politikwissenschaft und Publizistik studiert und lebt als freie Autorin in Berlin.

COMING-OF-AGE OHNE COMING-OUT



Eine Schule im südlichen Niederösterreich, in der Homophobie so gut wie nicht existent ist und lesbische Sexualität offen gelebt werden kann, ist der primäre Handlungsort des Films *Siebzehn* von Monja Art. Die Regisseurin und Drehbuchautorin wollte explizit keinen „Coming-out“-Film abliefern. Vielmehr ging es ihr darum, einen Film über Sehnsucht jenseits geschlechtsspezifischen Begehrens zu machen. Damit ist auch bereits die Fragestellung für diese Rezensi-

on vorformuliert: Soll die Kulturindustrie eine bessere Welt zeigen oder versuchen, die traurige Realität so gut es geht einzufangen? *Siebzehn* entscheidet sich für ersteres, wobei zumindest in der visualisierten Gedankenwelt von Hauptfigur Paula (Elisabeth Wabitsch) die Existenz homophober Bedrohungsszenarien aufblitzt. Ohne diese kurze Sequenz, in der sie befürchtet, von den MitschülerInnen wegen eines gleichgeschlechtlichen Kusses gemobbt zu werden, müsste man dem Film wohl tatsächlich die Verharmlosung der herrschenden Verhältnisse vorwerfen. So aber schleicht sich über die Tagtraumsequenzen die Realität in den Film, während die sonstige Spielhandlung eher einem Traum gleichkommt. Ein Traum, der in den schönsten Bildern gezeichnet wird

und an Emotionen andockt, die nicht nur Jugendlichen, sondern allen RezipientInnen nachvollziehbar sein dürften: Sehnsucht, Verliebtheit, Enttäuschung, Zurückweisung und Eifersucht treiben die Handlung voran. Die Erzählstrategie jenseits des „Coming-out“-Films, für die sich Monja Art entschieden hat, ist dabei durchaus legitim und lässt hoffen, dass der Film seine Wirkung beim Zielpublikum nicht verfehlt.

Siebzehn (Ö 2017) ist seit 28. April im Kino.

Florian Wagner studierte Theater-, Film- und Medienwissenschaft an der Universität Wien.

Zweimal hingehört

SCHNIPO SCHRANKE „RARE“



auch erwähnt, dass sie jetzt berühmt seien und dass sich trotzdem nicht viel geändert habe. Die Reime sind immer noch so schräg und real, dass es Helge Schneider die Barthaare vor Neid weiß gefärbt hat.

MARIE LUISE: Schnipo Schranke sind mir das erste Mal mit dem Song „Pisse“ aufgefallen, in dem sie auf lustige Weise stereotyplos, unrein, rotzig und stark gereimt haben. Schon damals fand ich die anderen Lieder nicht so aufregend. Auf dem neuen Album ist leider auch nicht viel Spannendes passiert. Musikalisch besticht es recht wenig. Ich höre mich durch die Platte, höre auf, als das Lied „Stars“ mit „Ne Nutte spricht mich an, weil ich mich einfach nicht als Frau verkleiden kann“ beginnt. Könnte spannend werden, denke ich. Es geht dann aber hauptsächlich um das egozentrierte Leben „unserer Generation“. Das Thema ist leider genauso alt wie „unsere Generation“. Um eine ähnlich passive Haltung gegenüber dem Rest der Welt geht es in dem Lied mit dem Titel „Pimmelreiter“ mit dem Refrain „Ich bin der Pimmelreiter (...) Ich reit durch Pipi, Sperma und so weiter“. Es kann schon ziemlich cool sein, wenn all-female*-bands über Sekrete und Körperflüssigkeiten singen, bloß alleine reicht das halt auch nicht. Ich hab die beiden in ihrem Auftreten aber zu gern, um jetzt so schlecht über sie zu enden. Das nächste Album zum Beispiel könnte richtig gut werden, wenn sie mal was Neues ausprobieren und aus der erprobt-bewährten Komfortzone herauskommen.

KATJA: Seit der Single „Pisse“ sind sie die deutschen Lieblinge des Feuilletons, werden gelobt von der Süddeutschen, der FAZ und im Intro: Schnipo Schranke. Das Duo bringt das neue heiße Ding, das früher etwa „freche Frauen“ genannt wurde, endlich in den rechten Rahmen. Fäkalien, Liebeskummer und Tierleichen sind die Themenschwerpunkte der Band – also sehr nah an ähnlichen Ausnahmekünstlerinnen wie Stefanie Sargnagel, aber eben auch grob vertont. „Grob“ schreibe ich, um nicht das minderwertige „rotzig“ schreiben zu müssen, da seltsamerweise immer nur Musik weiblicher Musikerinnen mit dieser Eigenschaft versehen wird. Das neue Album „Rare“ knüpft nahtlos an „Satt“ aus 2015 an. Sie klingen manchmal wütend, angepisst, gelangweilt, leicht apathisch gar, haben aber immer eine grauslich-spannende Geschichte zu erzählen. Mal gibt es eine tote Katze zum Geburtstag, mal spielt sich der ganze Song um eine trashig-lustige Wortspielerei herum ab („Pimmelreiter“) – das Intro hingegen ist eine melancholische Instrumentalnummer. Es hat sich schon einiges getan in den letzten zwei Jahren. Es wird

THE XX „I SEE YOU“



MARIE LUISE: Mir fällt es beim Hören schwer, festzumachen, was das Neue auf „I See You“ von The XX ist. Es hat sich etwas verändert, soviel ist klar. Die Stimmung bleibt, aber musikalisch scheint vieles reicher geworden zu sein. The XX sind immer schon durch Ruhe und sensible Gefühlstexte aufgefallen. Wörter, die in einer Rezension in Kombination mit The XX aufzählbar sind: Elektronik, Soundscapes, Beatarchitektur, Stimmungen, Musikräume, Flächen. Auf ihren vorherigen Alben haben sie ihre Arrangements so gewählt, dass die Lieder live auf Bass, Gitarre und programmierter Drummachine zu spielen waren. Dieses Mal hatte der Produzent der Band, Jamie XX, der 2015 sein erstes Soloalbum („In Colour“) herausgebracht hat, viel mehr Freiheiten, an den Beats, den hier und dort unauffällig eingespielten elektronischen Strings und den Bläsern zu feilen. In den Liedern ist ein größeres Spektrum an Varianten dazugekommen, produktionstechnisch, aber auch im Gesang. Sie sind so ernst dabei, über die großen Gefühle zu singen, wie es auch Teenager sind. So ernst, wie die großen Gefühle sich auch anfühlen, wenn man verliebt ist. The XX zu hören ist schön. Es geht einem ein bisschen das Herz auf und man kann dazu großartig schmusen. Tanzen vielleicht weniger.

KATJA: Bei der Vorabsingle „On Hold“ musste ich mich doch sehr wundern, in welche Richtung sich The XX bewegen. Der Song klang extrem aufgesetzt nach 80er-Jahre-Synthieschnulze, vor allem durch das Vocalsample von Hall & Oates von „I Can't Go For That (No Can Do)“ im Refrain, das mich extrem nervte. Auch inhaltlich bot der Track keinerlei Reiz, ganz im Gegenteil (ein Lovesong, der davon handelt, dass man dachte, man hätte jemanden „on hold“ – cringeworthy!). Doch zum Glück war „On Hold“ wirklich ein totaler Ausreißer und der Rest des Albums überzeugt mühelos. Die Kernkompetenz von The XX liegt einerseits im melancholischen, perfekt arrangierten Zweigesang zwischen Romy und Oliver und andererseits in den langsamen, minimalistischen Schleppebeats von Jamie. Von beidem gibt es auf dem Album mehr als genug. Ganz besonders „Say Something Loving“ hat es mir angetan. Dieses sehnsüchtige Duett zwischen zwei Liebenden, die nostalgisch in die Vergangenheit schauen und einen Funken Liebe einfordern, ist herzerreißend schön. Die entschleunigten Sounds von The XX kann ich mir täglich anhören und es wird nicht langweilig.

Katja Krüger-Schöller studiert Gender Studies an der Universität Wien, nur dieses Semester nicht.

Marie Luise Lehner studiert Sprachkunst an der Universität für angewandte Kunst und Drehbuch an der Filmakademie Wien.

Die Flucht in die Polyamorie

Polyamorie präsentiert sich als Gegenentwurf zur romantischen Zweierbeziehung. Doch das Patriarchat wird dadurch alleine noch nicht angegriffen.



Illustration: Maria Iba

Jede Person, die offen damit umgeht, mehrere Partnerschaften gleichzeitig zu haben, kennt das: „Das geht nie gut“, „Das funktioniert nicht“, „Eine*r kommt immer zu kurz“. Die essentialisierende Annahme, dass Monogamie normal sei und deswegen funktioniere, schwingt bei jeder dieser Aussagen mit. Wenn man dann allerdings antwortet, dass monogame Beziehungen oft nicht funktionieren und Untreue einer der häufigsten Trennungsgründe ist, wird meist darauf verwiesen, dass nicht die Monogamie schuld an der Trennung sei.

Ob in Filmen, im Fernsehen oder in Büchern: Die ideale romantische Liebe ist die treue Beziehung zwischen zwei meist heterosexuellen Menschen. Mit der zunehmenden Normalisierung von Homosexualität gibt es nun auch Erzählungen, in denen zwei Männer oder zwei Frauen ihr Glück in der romantischen Zweierbeziehung finden. Sind in einer Erzählung jedoch mehrere Personen miteinander verbandelt, muss das Beziehungsgeflecht am Ende in klare Bahnen gelenkt werden. Gerade im Young Adult Genre muss sich eine junge Frau oft zwischen zwei Männern entscheiden, siehe *Twilight* oder *The Hunger Games*. Es ist nicht einmal denkbar, dass am Ende alle drei miteinander glücklich werden könnten. Immer und immer wieder wird so Monogamie normalisiert und als die einzige Lebensform dargestellt, die dem „Wesen des Menschen“ entspricht. Die Argumentationsmuster verweisen oft auf die Evolutionsbiologie, die die Monogamie naturalisiert. So sei

es zur Kinderaufzucht am besten und wird mit Höhlenmenschenvergleichen unterfüttert. Die gleiche Argumentationskette wird dann auch verwendet, um Homosexualität mal als Spielart der Natur, mal als Abartigkeit darzustellen.

AUSWEG POLYAMORIE. Polyamorie setzt sich aus dem griechischen „poly“ (mehrere) und dem lateinischen „amor“ (Liebe) zusammen und ist ein Obergriff für die Praxis, mit mehreren Menschen gleichzeitig Beziehungen zu führen. Dies geschieht mit vollem Wissen und Einverständnis aller Beteiligten. Polyamorie als Praxis stellt sich gegen das hegemoniale Bild der monogamen romantischen Zweierbeziehung (RZB) und trifft deshalb oftmals auf Verwundung, Ablehnung und Diskriminierung.

Polyamorie Praktizierende grenzen sich zum Teil ganz bewusst von offenen Beziehungen ab, um das Image zu vermeiden, dass es sich bei Polyamorie um „anything goes“ handle. Vielmehr stellt man die Verbindlichkeit in den Vordergrund: „Mein Herz hat Platz für mehr als einen Partner. Ich suche keine Abenteuer, ich mag es langfristig. Ich betrüge nicht, ich handle einvernehmlich. Ich lüge nicht, ich mache es transparent. Ich bin kein Freiwild, ich trage Verantwortung. Ich liebe tiefer als nur zum Spaß. Ich bin Poly. Ich lebe die Liebe.“ So lautet das Motto einer der größten deutschsprachigen polyamourösen Gruppen auf Facebook. In diversen Facebook-Gruppen und Foren wird der Eindruck vermittelt, dass man sich der

Ideologie der Monogamie nicht entgegengesetzt, sondern sie als auserwählte Gruppe überwunden hat. Unterschwellig schwingt mit, man hätte eine neue Stufe des Bewusstseins erreicht, in der alle achtsam miteinander umgehen. So folgt jeder Vorstellung neuer Mitglieder ein ganzer Wust an Definitionen zwischen poly, bi, vegan und spirituell.

IDENTITÄT POLYAMORIE. Man liest in vielen Foren: „Gerade bin ich mono, fühle aber poly“ oder „Single und Poly“ und in der Reportage „Unter Anderen – Wahre Lieben“ spricht eine interviewte Person davon „polyamor geboren zu sein“. Als Person, die offen damit umgeht, mehr als eine Partnerschaft zu führen, lebt man ständig gegen die gesellschaftliche Erwartung an. Die Welt scheint nicht für einen gemacht zu sein; ständiger Erklärungs- und Rechtfertigungsdruck führen dazu, dass man es sich wohl lieber in Nischen der eigenen Szene gemütlich macht als Gegenwehr zu leisten. Anstatt Biologismen in die Wüste zu schicken, werden Artikel geteilt, die die angeblich non-monogame Natur des Menschen bezeugen. Man erklärt sich gerne bereit, Journalist*innen für Interviews und Reportagen zur Verfügung zu stehen, um zur Normalisierung beizutragen, präsentiert sich dann aber in Klischees. In der Reportage *Unter Anderen – Wahre Lieben* wird Attmann Wicka, prominenter Aktivist der Poly-Szene interviewt und dabei gefilmt, wie zwei seiner Freundinnen sich kennenlernen. In einer mit esoterischem Kitsch überladenen Wohnung bittet er

dann beide, am Boden sitzend mit einer Klangschiene zu spielen. Haremskonnotationen kommen auf und dies wird an keiner Stelle problematisiert.

Sexismus scheint grundsätzlich kaum ein Thema in Poly-Kreisen zu sein. Es sind meistens die Frauen in Partnerschaften, die mehr Beziehungs- und emotionale Arbeit leisten. In Poly-Beziehungen führt das zu Mehrfachbelastungen, die nicht diskutiert werden. Man will die Monogamie überwinden, aber am Patriarchat wird nicht gerüttelt.

KEINE GEGENWEHR. Polygame Menschen sind konfrontiert mit Ablehnung, Anfeindungen, Zwang zur Verheimlichung und struktureller Diskriminierung. Polygame Ehen sind verboten, womit die Gleichstellung zur hegemonialen Norm verwehrt wird. Polygame Lebende dürfen zusammen nicht gleichberechtigt die Sorge für Kinder übernehmen oder auch nur ein Konto eröffnen. Doch anstatt gegen den Primat der Monogamie anzukämpfen, sich gegen die strukturelle Diskriminierung zu wehren und für mehr Rechte zu kämpfen, flüchten sich viele polygame Menschen in die Nestwärme der eigenen Szene. So wird die Hegemonie der Monogamie sicher nicht gebrochen.

Anne Marie Faisst studiert Internationale Entwicklung an der Universität Wien.



WISSENSCHAFT



Foto: Mohammad Mosadegh

Über Frauen, die zu Bomben werden

Das Geschlechterverhältnis im Selbstmordattentat. Ein Interview mit Yasemin Makineci.

Im Rahmen der Vortragsreihe „Antisemitismus und Geschlecht“ hat Yasemin Makineci einen Vortrag zum Geschlechterverhältnis des Terrorismus und des islamistischen Selbstmordattentates gehalten. Über dies und andere Themen hat **progress** mit ihr gesprochen.

progress: Was unterscheidet die weibliche von der männlichen Täterschaft, beziehungsweise gibt es Unterschiede in den Motiven?

Yasemin Makineci: Der Öffentlichkeit scheint die Vorstellung einer Frau, die ein Selbstmordattentat verübt, besonders fremd zu sein. Leila Khaled, die zwar keine Selbstmordattentäterin, jedoch noch bis heute eine weibliche Ikone des palästinensischen Terrorismus ist, hat mit der tschetschenischen Selbstmordattentäterinnen-Gruppe Smertnizy, welche mehrere Anschläge in Russland verübte, etwas gemeinsam: Sie erlangten nicht nur allein wegen ihres Terrors Aufmerksamkeit, sondern auch weil die Täterinnen Frauen waren.

Frauen und Männer werden unterschiedlich rekrutiert. Die Hauptanwerberin der irakischen Terrorgruppe Ansar as-Sunna organisierte beispielsweise gezielt Vergewaltigungen von Frauen, um diese dann, als einzigen Ausweg aus dieser „Schande“, zum Selbstmordattentat zu bewegen. AttentatsanwerberInnen garantieren für die Ikonisierung und sprechen die „Ehre“ dieser Frauen sowie ihrer Familie als wiederhergestellt aus. Außerdem übernehmen die Gruppen, die diese Frauen rekrutieren, Aufgaben, die eigentlich ein funktionie-

render Staat hätte: Sie garantieren die finanzielle Versorgung der Hinterbliebenen.

Welche Rolle spielt dann die soziale Lage der Frauen und natürlich auch Männer, die sich für das Selbstmordattentat entscheiden?

Aus Furcht sprechen die wenigen Frauen, denen die Flucht gelungen ist, sehr wenig darüber. Auch die Quellenlage ist sehr dünn. Jedoch kann man sagen, dass die soziale Herkunft der rekrutierten Männer wesentlich heterogener ist als die der Frauen. Bei Selbstmordattentätern des IS sind Männer mit hoher wie niedriger Bildung, hohem wie niedrigem Einkommen vertreten. Bei den Frauen sieht die Lage jedoch anders aus. Die soziale Herkunft der Frauen ist wesentlich homogener. Eine besondere Auffälligkeit ist, dass Frauen vor allem sehr jung sind. Ihr Alter zum Zeitpunkt des Attentates liegt meist zwischen 15 und 28 Jahren. Es ist allerdings weniger die soziale als vielmehr die ideologische Frage zu stellen.

Welche Rolle spielt der Islam in diesem Phänomen?

Der Missionierungsauftrag des politischen Islam spielt eine große Rolle. Die islamische Volksgemeinschaft, die Umma, erhebt einen omnipotenten Anspruch auf die Welt und ihre Menschen und muss diese daher auch in ihr Unternehmen einfassen oder eben vernichten. Des Weiteren braucht es ein Augenmerk auf die islamische Gesellschaft als solche: Ermordung von Ungläubigen, gemeinhin eben als Dihad bekannt, bezeichnet lediglich

den kleinen Dihad. Der große Dihad ist der Kampf des Subjektes gegen sich selbst und seine eigenen, zutiefst menschlichen Triebregungen. Alles, was unkontrollierbar, unislamisch, „unrein“ und damit „westlich“ sei, muss abgespalten werden – der politische Islam verheißt durch das Selbstmordattentat, die Vernichtung des widerspruchsgelagten Ichs, eine Befreiung irdischen Leidens und verspricht ihm im Himmel das Paradies der Triebabfuhr.

Kritik am Islam sieht sich immer wieder dem Vorwurf der Islamophobie ausgesetzt. Sollten wir mit der Kritik am Islam nicht lieber vorsichtig sein?

Islamophobie ist ein Kampfbegriff der IslamistInnen und ihrer ideologischen KomplizInnenschaft. Der Großteil der antirassistischen Linken hat sich diesen islamistischen Kampfbegriff als vermeintlich wertfreie Bezeichnung einverleibt, um ihren politischen GegnerInnen den Lauf vor das Gesicht zu halten. Psychoanalytisch hat eine Phobie wenig mit einem Ressentiment zu tun. Dieser Begriff braucht die Negativbestimmung – dröseln man das nun positiv auf, wird der Islam zu Identität. Genau hier zeigt sich, dass sich linke und rechte Identitäre nichts voneinander nehmen: „Islam“ wird zu etwas wie race. Der Islam ist aber keine Rasse.

Warum fällt es vielen Linken und Liberalen so schwer, Kritik am Islam zu üben? Solidarisiert sich die Linke mit den Falschen?

Zum einen ist es sicherlich die Angst, nicht in der Lage zu sein, eine Kritik

am Islam zu üben, ohne sich selbst als VerräterIn der Unterdrückten zu verorten. Aus dem eigenen Unwillen, die Hässlichkeiten der Moderne zu verstehen, dienen MuslimInnen nicht nur für Rechte, sondern auch für Linke als Projektionsfläche. Zum anderen scheint sich die Linke im Wissen, keine relevante Kraft zur Befreiung der Gesellschaft zu sein, ein revolutionäres Subjekt imaginieren zu müssen, um sich selbst noch eine Existenzberechtigung geben zu können. Dies mündet dann im Islam als schützenswertes Kulturgut. Es sind aber nicht die Institutionen und Personen einer Glaubensgemeinschaft, denen eine Stimme gegeben werden muss, sondern jenen, die von rechts, links und aus der islamischen Community eine Bedrohung erfahren: Die Solidarität gebührt Ayaan Hirsi Ali oder Hamed Abdel-Samad, sie gebührt den Angehörigen der Opfer von Paris oder Brüssel. Es macht mich traurig und sehr wütend, dass diese Liste mit vielen weiteren lebenden wie ermordeten Unbekannten weitergeht und sie überhört und ihre Erinnerungen vergessen werden. Mit einer Linken, die sich nicht genau mit diesen Personen solidarisiert, möchte ich nicht zusammenarbeiten.

Yasemin Makineci und Colin Kaggl studieren Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Informationen zur Vortragsreihe „Antisemitismus und Geschlecht“ der FV GEWI findet ihr auf Facebook und unter: fv-gewi.at/aktuelles/veranstaltungen/2017


 WERTVOLLES
WISSEN

Einfach zu brauchbar

Mediale Angriffe auf die Gender Studies.

Was die Gender Studies so machen, sei nicht nachvollziehbar für die Durchschnittsbevölkerung: eine beliebte Beschwerde in Mainstreammedien. Forschungsfragen und Ergebnisse seien unverständlich und das Konzept Gender widerstreite „der ursprünglichsten Wahrnehmung und Empfindung der meisten Menschen“, wie es der Leiter des Politteils der Frankfurt Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) Volker Zastrow stilbildend auf den Punkt brachte.

UNVERSTÄNDLICH. Was impliziert dieser Vorwurf genau? Kann von einer Wissenschaft verlangt werden, dass man ihre Tätigkeiten ohne jegliches Vorwissen verstehen und beurteilen kann? Gilt das auch für andere Wissenschaften, Baustatik zum Beispiel? Ich würde eher sagen, dass das unrealistisch ist. Wissenschaftliche Disziplinen haben notgedrungen ihre eigene Sprache, mit der Phänomene analytisch genauer gefasst werden als mit Alltagssprache. Es bleibt wünschenswert, ihre Ergebnisse in geeigneter Weise an Lai_innen zu kommunizieren. Doch gerade hier kann man den Gender Studies kaum ein Versäumnis unterstellen. Denn es gibt unzählige einführende Texte in Flyer-, Buch- und digitaler Form, die alltagsweltlich bestens verständlich sind. Hätte sich Volker Zastrow den einen oder anderen davon zu Gemüte geführt, könnte er kaum behaupten, das Konzept Gender würde in Widerspruch zur „ursprünglichsten Wahrnehmung und Empfindung der meisten Menschen“ stehen, denn diese Wahrnehmung und Empfindung ist zentraler Bestandteil dessen, was mit Gender gefasst werden soll. Und auch wenn es in den Gender Studies unterschiedliche Sichtweisen zum Verhältnis von Kultur und Natur gibt, ist mir noch nie die Behauptung untergekommen, diese „Wahrnehmung und Empfindung der meisten Menschen“, sich als Mann oder Frau zu fühlen, würde schlicht nicht existieren. Wobei man Zastrow ja fast dankbar sein muss, dass er hier von den „meisten“ und nicht von allen Menschen schreibt. Denn das trägt dem Umstand Rechnung, dass es sehr

wohl Menschen gibt, die sich nicht in das Mann-Frau-Zweierschema einordnen lassen, oder deren „ursprünglichster Empfindung“ das zugewiesene Geschlecht nicht entspricht. Folgerichtig müsste das als abnormal abgestempelt werden – aber was wäre damit gewonnen? Das widerstrebt mir als Privatperson und auch als Wissenschaftlerin ist es illegitim, ein System für Analysen zu benutzen, das biologisch und in seinen sozialen Konsequenzen nicht treffsicher ist. Spannend ist hier eher, woher der Wunsch kommt, diese strikte Trennung zu erhalten. Ja, die Leute sollen sich fühlen, wie sie sich fühlen. Gerade bei „ursprünglichsten“ Gefühlen sollte die Gefahr, dass sie einem weggenommen werden, ja eigentlich absurd erscheinen. Woher rührt also die Angst, das Genderkonzept würde Menschen zu geschlechtslosen Wesen umerziehen? Und was ist das überhaupt für ein Argument? Ist wissenschaftliche Forschung nur dann wissenschaftlich, wenn sie mit der „Wahrnehmung und Empfindung der meisten Menschen“ übereinstimmt? Gilt das auch für Baustatik?

WIDERSTREITEND. Folgt man Zastrow weiter, widerstreitet Gender nicht nur „der ursprünglichsten Wahrnehmung und Empfindung der meisten Menschen“, sondern auch „den Religionen und naturwissenschaftlicher Forschung“. Auf den vermeintlichen Widerspruch zu naturwissenschaftlicher Forschung bin ich in der letzten *progress*-Ausgabe („Genderwahn an Hochschulen“, Seite 21) schon eingegangen und möchte hier nur einwerfen, dass die Gender Studies interdisziplinär sind und naturwissenschaftliche Forschung daher ein wesentlicher Bestandteil ist. Bleibt noch der Widerspruch zur Religion und da muss man Zastrow ehrlich zu Gute halten: Das stimmt! Das Konzept Gender widerspricht zumindest in weiten Teilen religiösen Vorstellungen von Mann und Frau. Das ist wahr und das Argument gefällt mir nicht nur so gut, weil es wahr ist, sondern auch weil Zastrow keinen Genierer hat, es im selben Satz mit naturwissenschaftlicher Forschung zu bringen. Die Frage, ob naturwis-

senschaftliche Forschung nicht auch den Religionen in dem einen oder anderen Punkt „widerstreitet“, könnte ich mir jetzt vielleicht sparen. Aber „widerstreitet“ Religion nicht häufig auch der „ursprünglichsten Wahrnehmung und Empfindung der meisten Menschen“? Stichwort Sexualmoral.

Andere Leute hätten vielleicht Bedenken, diese drei Aspekte so nebeneinanderzustellen. Zastrow hingegen formt diesen Widerspruch um zu einer praktischen Lösung für den Umgang mit Gender: Du kannst dir aussuchen, wem Gender widerspricht, ob deinem Bauchgefühl, deinem religiösen Glauben oder dem was du als „echte“ Wissenschaft gelten lässt.

NUTZLOS. Naheliegender ist dann auch der medial populäre Vorwurf, die Gender Studies würden keine nützlichen Ergebnisse liefern. Und damit sind wir paradoxerweise genau dort angelangt, wo wir in der letzten *progress*-Ausgabe stehengeblieben sind: bei dem Vorwurf, dass die Gender Studies zu nahe an politischen Interessen und Vorgängen angesiedelt, also gewissermaßen zu nützlich sind (wie es Villa und Hark in ihrem „Anti-Genderismus“-Buch beschreiben). An dieser Stelle stellt sich für mich schon die Frage, wie eine Wissenschaft, die gesellschaftliche Ungleichheitsstrukturen untersucht, ihre Nützlichkeit anders beweisen sollte, als gesellschaftlich relevantes Wissen über Ungleichheit zu erzeugen. Also wie könnte dieses Wissen nützlich sein, wenn es gleichzeitig keinen Einfluss haben darf? Nutzlos ist das erzeugte Wissen nicht, es ist nur wenig hilfreich für die Argumentation gegen gesellschaftliche und sexuelle Vielfalt. Und das scheint eher das Problem zu sein.

Carina Brestian studiert Soziologie an der Universität Wien.



Die unerträgliche Leichtigkeit des Patienten-Seins

Sondierungen zu einem psychologischen Jargon-Phänomen.

Wer bei einem „Klienten“ zuerst an eine Person denkt, die mit juristischer Vertretung die Höhe von Nachbars Gartenzaun urgiert oder im Rosenkrieg um Kind und Kegel streitet, wird bei einem Blick in aktuelle Fachliteratur der klinischen Psychologie und Psychotherapie überrascht sein. Ob im Kurzlehrbuch oder im psychotherapeutischen Wörterbuch, wo lange Zeit von Patientinnen die Rede war, wimmelt es seit Jahren zunehmend von „Klienten“. So kritisiert „Psychology Today“ am traditionellen Ausdruck der Patientin, dass dieser zu Unrecht eine Person bezeichne, die im Sinn des medizinischen Krankheitsmodells als beschädigt, labil, kurzum als psychisch krank gelte. Dementsprechend ist auch von begriffsimmanenter Stigmatisierung und einem unangemessenen therapeutischen Machtverhältnis die Rede, die es zu überholen gelte. Ist die „Klientin“ also nun Zeichen einer sprachsensiblen Emanzipation psychisch beeinträchtigter Menschen? Könnte es so einfach sein? Oder besser: Sollte es?

DIENSTLEISTUNG UND INTERESSENSVERTRETUNG. Beginnen wir von der ökonomischen Seite: Wenn man sich das Wort „Klient“ auf der Zunge zergehen lässt, schmeckt es irgendwie bitter nach Dienstleistung. Doch trotz des verständlichen Anstoßnehmens daran, dass eine so persönliche Angelegenheit wie Psychotherapie derart reduzierbar sein könnte, entspricht der Begriff den objektiven Gegebenheiten. Die damit verbundene Kränkung sei jeder idealistischen Psychotherapeutin zunächst gegönnt, um dem Narzissmus in Bezug auf die eigene Profession die bittere Wahrheit der Verhältnisse entgegenzusetzen. Denn schließlich holt man sich in der Sprache des Kapitals auf der Couch genauso eine Dienstleistung ab wie beim Installateur. Somit könnte man meinen, dass der „Klientin“-Begriff nur Symptom der konsequenten Durchsetzung der Verdinglichung auf sprachlicher Ebene ist, sich eine idealistische Kritik an ihm somit notgedrungen als verblendet herausstellen muss und sich die Sache damit erledigt hat.

Doch dass sich darin die Intention des Begriffsaustauschs nicht erschöpfen soll, zeigen die ihrerseits idealistischen Befürworter wie der Psychologe Diether Höger im Lehrbuch „Gesprächspsychotherapie“, die die

„Klientin“ auf keinen Fall rein ökonomisch verstanden wissen wollen, sondern denen es dabei um (linguistisches) „Empowerment“ zu gehen scheint. Aber wo mit solch einer Dringlichkeit „Power“ herbeigeschafft werden muss – völlig abgesehen von der Problematik, sprachliche mit gesellschaftlichen Modifikationen gleichzusetzen – scheinen Gefühle der Hilflosigkeit, Ohnmacht und Ratlosigkeit offenbar nicht aushaltbar zu sein. Doch genau aufgrund dieser Gefühle begeben sich Menschen in Psychotherapie und diese gilt es sowohl für Patient als auch für Therapeutin erst einmal auszuhalten, um sie bearbeitbar zu machen. Ein solches Unterfangen benötigt Ausdauer und Geduld – Eigenschaften, die im Begriff des Patienten (lat. *patiens*: ertragend, ausdauernd, geduldig) treffenderweise bereits enthalten sind.

So scheint es also, als ob man sich mit der „Klientin“ bereits im Vorhinein jenes Teiles der Patienten entledigen will, welcher eigentlich der von Relevanz ist, nämlich der störende kranke. Der Wunsch nach Entpathologisierung um jeden Preis, die banale sprachliche Aufwertung dessen, was die Patientin an „Krankem“, sprich an Leid mitbringt, mündet im Versuch dessen sofortiger Aufhebung. Mit dem „Klienten“ wird die Psychotherapie von der Heilbehandlung zur reinen Interessensvertretung. Thomas Rosemann bezeichnet dies in einem NZZ-Beitrag zutreffend als „sprachliche Verschleierung“: „Wenn wir glauben, einen Patienten auch Patienten zu nennen, sei abwertend, dann bedeutet das, dass Kranksein ein minderwertiger Zustand ist“.

KLIENTELISMUS ALS HUMANISMUS. Und damit ist man beim Knackpunkt angelangt, nämlich der ideologischen Annahme der humanistischen Psychologie, dass es statt psychischer Krankheit im herkömmlichen Sinn lediglich innere Blockaden bzw. „Inkongruenzen“ gibt. Und dass man anstatt mit einer klassischen Therapie der nur vorübergehend im psychischen Morast steckengebliebenen „Klientin“ (und hier stimmt der Begriff dann wirklich) nur durch ein bisschen Coaching zur Durchsetzung ihrer Selbstverwirklichungstendenz verhelfen muss. Die „Klienten(!)zentrierte Psychotherapie“ nach Carl Rogers subsumiert die praktische Vollendung dieses Gedankens bestens, der auch von gesellschaftli-

chen (Zwangs-)Zusammenhängen schlichtweg nichts wissen will. Anstatt berechtigterweise die gesellschaftliche Ächtung psychischen Leidens anzuprangern, zeigt sich hier die Assimilation an jenen Verblendungszusammenhang, der jegliches Leid im Subjekt aufzulösen versucht. Die Möglichkeit eines kritischen Verständnisses der individuellen und gesellschaftlichen Umstände, die das Individuum überhaupt zum Leiden bringen, wird so negiert.

Es ist auffallend, dass die Psychoanalyse in ihrer praktisch-klinischen Anwendung eine der wenigen Psychotherapie-Schulen ist, die bislang größtenteils am Gebrauch des „Patientinnen“-Begriffs festzuhalten scheint. Es lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen, ob es sich dabei um eine bewusste Abgrenzung zum thematisierten Jargon handelt oder ob die Psychoanalyse an dieser Stelle im besten Sinne zurückgeblieben ist und jenem im Laufe der Zeit ebenso erliegen wird. Jedoch könnte sich hier der kleine, aber feine Unterschied in der nur auf den ersten Blick ähnlichen Bestrebung zeigen, mit einem pathologisierenden Krankheitsbegriff zu brechen. Denn im Gegensatz zum humanistischen Versuch nähert die Psychoanalyse die Pole von „normal“ und „pathologisch“ soweit einander an, dass sie, wenn überhaupt trennbar, maximal als Kontinuum begreifbar sind. Zentral ist hierbei die Beobachtung, dass dem vermeintlich „Gesunden“ etwas „Krankhaftes“ innewohnen und sich gleichzeitig im „Kranken“ etwas beruhigend „Gesundes“ offenbaren kann. Und dass somit neben den vielfältigen individuellen Bedingungen ein jeder zuerst und zuletzt immer auch an den Verhältnissen krankt. Dementsprechend ist es gerade die Möglichkeit, sich im Rahmen einer Psychotherapie und der damit (hoffentlich) verbundenen Regression endlich einmal schamlos als Patientin fühlen und das eigene Leiden voll entfalten zu können, die den Weg zu mehr psychischer Autonomie ebnen kann – und zwar ohne die einen ohnehin schon permanent umgebende Forderung danach, jederzeit ein unabhängiger, entscheidungssicherer und selbstkundiger „Klient“ zu sein.

Lea Wiese studiert Psychologie an der Universität Wien.

Null-Euro-Jobs als Zukunft der Arbeit

Wie Arbeitskraft verstaatlicht wird.

Unter dem Hartz-IV-System in Deutschland vollzog sich eine grundlegende Transformation des Verhältnisses der Arbeitslosen zum Staat. Der Zwang, am sektionierten Arbeitsmarkt der sogenannten Ein-Euro-Jobs teilzunehmen, kommt einer Verstaatlichung der Arbeitskraft gleich. In Österreich drohen nun ähnliche Entwicklungen.

In jener Phase des Kapitalismus, die Karl Marx beobachten und analysieren konnte, als er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das „Kapital“ schrieb, war das Verhältnis der LohnarbeiterInnen zu ihrem jeweiligen Staat klar: Sie waren doppelt frei in jenem Sinne, dass es ihnen zum einen als Rechtssubjekten ermöglicht war, frei von unmittelbarem Zwang ihrer ökonomischen Betätigung nachzugehen; zum anderen waren sie jedoch auch frei von eigenen Produktionsmitteln, weshalb der „stumme Zwang der Verhältnisse“ (Marx) ihnen keine andere Möglichkeit bot, als durch Verkauf ihrer Arbeitskraft am Markt ihren Unterhalt zu besorgen. Die Lohnabhängigen waren in dieser Phase weitgehend auf Gedeih und Verderb dem Marktgeschehen ausgeliefert; konnten sie ihre Arbeitskraft zeitweilig nicht verkaufen, zählten sie zur „industriellen Reservarmee“ und warteten – unterstützt durch Almosen oder später durch staatliche Sozialhilfe – darauf, wieder zum Zug zu kommen.

VERSTAATLICHUNG DER ARBEITSKRAFT. Heute hat man sich in den meisten westlichen Ländern mit

einer Sockelarbeitslosigkeit abgefunden, das heißt mit einem Anteil an Arbeitslosen in der Bevölkerung, die selbst bei vollständiger Auslastung der Produktionskapazitäten in der Wirtschaft ihre Arbeitskraft nicht verkaufen könnten. In Deutschland führte diese Akzeptanz der Sockelarbeitslosigkeit zu jenen Maßnahmen, die unter dem Namen Hartz IV bekannt sind: Dazu zählen einschneidende Kürzungsmaßnahmen bei Nicht-Einhaltung der vielen Regeln, die EmpfängerInnen der Sozialhilfe einzuhalten haben (Residenzpflicht, Arbeitssuche, regelmäßige Termine im Job-Center etc.). Berühmt-berüchtigt wurden etwa die im Rahmen von Hartz IV eingeführten Ein-Euro-Jobs. Dabei handelt es sich um von Staats wegen generierte Arbeitsplätze, meist in „gemeinnützigen“ Arbeitsbereichen, die bei vollem Gehalt ökonomisch nicht rentabel wären. Der Staat nimmt nun die Rolle ein, die ökonomisch nicht verwertbare Arbeitskraft der Langzeitarbeitslosen mit der nicht vollwertig bezahlbaren Arbeitsstelle zusammenzuführen. Mit anderen Worten: Wer Hartz IV bezieht, weil er/sie niemanden findet, der auch nur den Mindestlohn für die eigene ungebrauchte Arbeitskraft bezahlt, wird vom Staat gezwungen, sie eben unter ihrem Wert zu verkaufen – wer bei den Ein-Euro-Jobs nicht mitmacht, bekommt schlicht und einfach keine Sozialhilfe mehr. Die „doppelt freien“ ArbeiterInnen werden heute also zunehmend doppelt unterdrückt: Nicht

mehr nur der „stumme“ Zwang dieser Gesellschaft rückt ihnen an den Leib, sondern zunehmend auch der Staat.

ÖSTERREICH GOES HARTZ IV.

Ähnliche Entwicklungen bahnen sich schon länger in Österreich an. Die hier unter dem Namen „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ bekannte Sozialhilfe war zwar von 2010 bis Jahresanfang 2017 bundesweit gesetzlich garantiert, jedoch in föderalistischer Manier von den neun Bundesländern ausgezahlt; die Höhe und die mit ihr einhergehenden Auflagen und Zwänge konnten also seit jeher höchst unterschiedlich ausfallen. Seit es ab dem 1.1.2017 gar keine bundesweiten Bestimmungen mehr gibt, gilt etwa in Niederösterreich die neue Regelung, wonach BezieherInnen der Mindestsicherung zu befristeten und „zumutbaren“ gemeinnützigen Tätigkeiten gezwungen werden können. Durch die Medien ging etwa erst Ende Februar ein Fall, bei dem die niederösterreichische Stadtgemeinde Horn eine 84jährige Pensionistin zur Arbeit zwingen wollte. Der Aufschrei, der dann folgte, galt lediglich dem Umstand, dass hier eine Pensionistin bzw. in anderen Fällen chronisch kranke Menschen zur gemeinnützigen Arbeit aufgefordert wurden – gegen die Verstaatlichung der Arbeitskraft, die sich hier ankündigt, wurde aber kein Einspruch erhoben.

SOBOTKA UND KURZ. Angesichts des Auslaufens der alten bundesweiten Regelung mit Anfang 2017 entspann sich eine mehrere Monate anhaltende

Diskussion um ein neues Gesetz. Im Zuge dieser Debatte wurde klar, wohin die Reise zumindest für die ÖVP gehen soll. So stieß etwa Innenminister Sobotka mit dem Vorschlag vor, ebenfalls Ein-Euro-Jobs für BezieherInnen der Mindestsicherung, und damit eine Angleichung an das deutsche Modell einzuführen. Da bis heute keine einheitliche Regelung im Bund erzielt werden konnte, steht es den Bundesländern aber ohnehin frei, Sobotkas Vorschläge zu erwägen. Ob die restlichen Bundesländer es Niederösterreich in Zukunft gleichtun wollen, oder sich mit Kürzung und Deckelung, wie etwa im Burgenland, begnügen, bleibt offen und hängt von den jeweiligen politischen Entwicklungen ab. Dem neuen sogenannten Integrationspaket der Regierung nach zu urteilen, eilt man Sobotkas Vorschlägen aber auch bundesweit hinterher, vermochte es doch Sebastian Kurz für die ÖVP durchzusetzen, dass künftig Asylberechtigte, die Mindestsicherung beziehen, auch gemeinnützige Arbeit leisten müssen – oder Null-Euro-Jobs, wie Kurz die Zwangsarbeit euphemistisch betitelte. Obwohl es in Teilen der SPÖ noch erheblichen Widerstand dagegen gibt, den Arbeitszwang von Staats wegen auch für die autochthone Bevölkerung einzuführen, ist es nicht zu leugnen, dass nun auch in Österreich in puncto Zwangsarbeit ganz deutlich ein Damm gebrochen ist.

Lucilio Zwerk studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.

KATHOLISCHE NACHHALTIGKEIT



Ein Sammelband über Nachhaltigkeit aus interdisziplinärer Perspektive, der an der einzigen katholischen Universität des deutschsprachigen Raumes entstanden ist und als Open-access-Projekt zumindest digital der gesamten Welt zur Verfügung steht. Wer diese Kombination schon etwas schräg findet, wird beim Aufschlagen des Werkes nochmal angenehm überrascht:

Die Sprache ist mit dem Gender-Gap geschlechtergerecht gestaltet. Der Band ist in drei Teile gegliedert, die sich den klassischen „drei Säulen der Nachhaltigkeit“ anpassen: Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft, in „denen“ sich die einzelnen Fachbeiträge finden. Davor gibt es eine ausführliche Einleitung,

die auch den Blick verschiedenster Disziplinen auf das Thema Nachhaltigkeit beleuchten. So erfahren wir, was in der Umweltpsychologie erforscht wird, und welchen Stellenwert die Nachhaltigkeitsdebatte in der Medienforschung einnimmt. Im Ökologie-Teil wird einerseits auf die Nachhaltigkeit von menschlich beeinflussten Systemen eingegangen, andererseits wird die Wasserkraft beleuchtet. Im Zuge der aktuellen Diskussion rund um das Grazer Mur-Kraftwerk ein lesenswerter Beitrag, der aufzeigt, dass es in Nachhaltigkeitsdebatten selten einfache Lösungen gibt. Gerade Renaturierungsarbeiten würden oft in instabilen und viel zu starren Systemen enden, die ständiger menschlicher Pflege bedürfen. Im Ökonomie-Teil wird unter anderem die Rolle der Finanzwirtschaft und der Aktienmärkte in Nachhaltigkeitsdiskursen untersucht, z.B. im Zuge der Energiewende in Deutschland. Im gesellschaft-

lichwissenschaftlichen Teil, der die meisten Beiträge beinhaltet, werden vor allem Fragen der Verantwortung diskutiert – neben der berühmt-berüchtigten Corporate Social Responsibility wird aber auch der Papst aufs Korn genommen. Ein interessanter Band, der löblicherweise frei verfügbar ist und einen erfrischend transdisziplinären Blick auf Umweltdebatten wirft.

Klaus-Dieter Altmeyden, Frank Zschaler, Hans-Martin Zademach, Christoph Böttigheimer, Markus Müller (Hrsg.): Nachhaltigkeit in Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft – Interdisziplinäre Perspektiven. Springer VS. Open Access.

Joël Adami studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur Wien.

VON PRINZEN UND SUPERHELDINNEN



Am Anfang steht die Frage: Wisst's ihr schon was es wird? Bub oder Mädchen?

Dieser Frage wird große Bedeutung beigemessen, geht es doch darum, ob

eine süße Prinzessin oder ein wilder Rabauke auf die Welt kommen wird, eine Ballerina oder ein Fußballer, ein Stammhalter oder nur ein Mädchen, kurz: Rosa oder Blau? Diese Frage ist essenziell, man stelle sich vor, ein Bub in einem rosafarbenen Tragetuch, oder ein Mädchen im hellblauen Strampler? Da kennt sich doch niemand mehr aus.

Warum sind es genau Hellblau und Rosa? War das immer so? Wer profitiert von der strikten Trennung in Buben- und Mädchensachen eigentlich, und was kostet es unsere und alle anderen Kinder und späteren Erwachsenen? Wie ist das eigentlich mit dem Testosteron? Und wie (un)beeinflusst sind die Kleinsten wirklich? Welche Rolle spielt dabei Sprache? Doch am wichtigsten: Was können wir alle, ganz praktisch gesehen, tun, um den Nachwuchs möglichst wenig den Geschlechterklischees unserer Urgroßelterngeneration auszusetzen?

Unter anderem diese Fragen beantworten Almut Schnerring und Sascha Verlan ausführlich und trotzdem auf

den Punkt gebracht, größtenteils durch umfangreiche Recherchen, teilweise aber auch aus dem Leben mit drei Kindern. Ohne Vorwissen zu Kindern oder Geschlechtertheorie gut lesbar, bietet es aber auch Menschen, die in einem oder beiden Themen bereits eingearbeitet sind, noch viel Informationen und Anregungen zum Weiterdenken.

Negativ ist mir hauptsächlich aufgefallen, dass der gesamte, für mich untrennbar verbundene, LGBTI-Themenkomplex weitgehend ausgeblendet wird, während so ziemlich jedes andere Thema, das in diesem Zusammenhang genannt werden könnte, in das Buch Eingang findet.

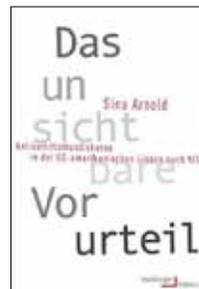
Das passt anscheinend noch nicht in ein Buch, das Anschluss an den Mainstream möchte.

Trotzdem ein großartiges Geschenk statt Strampler oder Babydecke Nummer 62, an (werdende) Eltern oder gleich sich selbst. Wahlweise um es der nächsten Person an den Kopf zu werfen, die bereits Babys in Zicken und Machos einteilt.

Almut Schnerring Sascha Verlan: Die Rosa-Hellblau-Falle. Für eine Kindheit ohne Rollenklischees. Antje Kunstmann Verlag, 256 Seiten, 16,95 Euro.

Andrea Reisinger lebt ohne Kinder und Studium in Wien.

BEKENNTNISSE GEGEN DEN JÜDISCHEN STAAT



Ziva ist seit Jahrzehnten in linken Gruppen engagiert. Doch ihre politische Heimat wird ihr zunehmend fremd: „I hear so much hatred of

Israel, so much hatred of Jews, and I feel like leaving the country. In a way I feel like I can't be here.“ Ziva ist eine von 30 linken AktivistInnen, die Sina Arnold für ihr Buch über Antisemitismus in der US-amerikanischen Linken interviewte. Zivas Position ist außergewöhnlich: Typisch für die Linke in den USA, so Arnold, sei vielmehr eine „Gleichgültigkeit und Empathielosigkeit gegenüber Antisemitismus“. Es gibt kein Problem mit Antisemitismus, lautet der linke Tenor – Antisemitismusvorwürfe seien bloß Versuche, Israelkritik zu diffamieren. Antizionismus, das wird aus Arnolds Studie deutlich, ist für viele amerikanische Linke zum politischen Bekenntnis geworden. Wer dazugehören will, muss sich gegen den jüdischen Staat stellen.

Arnold leitet ihre empirische Forschung mit einem ausführlichen Überblick zur Geschichte des Antisemitismus in den USA, insbesondere in der Linken ein. Ein entscheidender Wandel hat in den 1960ern stattgefunden: Mit dem Aufkommen der New Left, die den traditionellen Marxismus der Old Left gegen Identi-

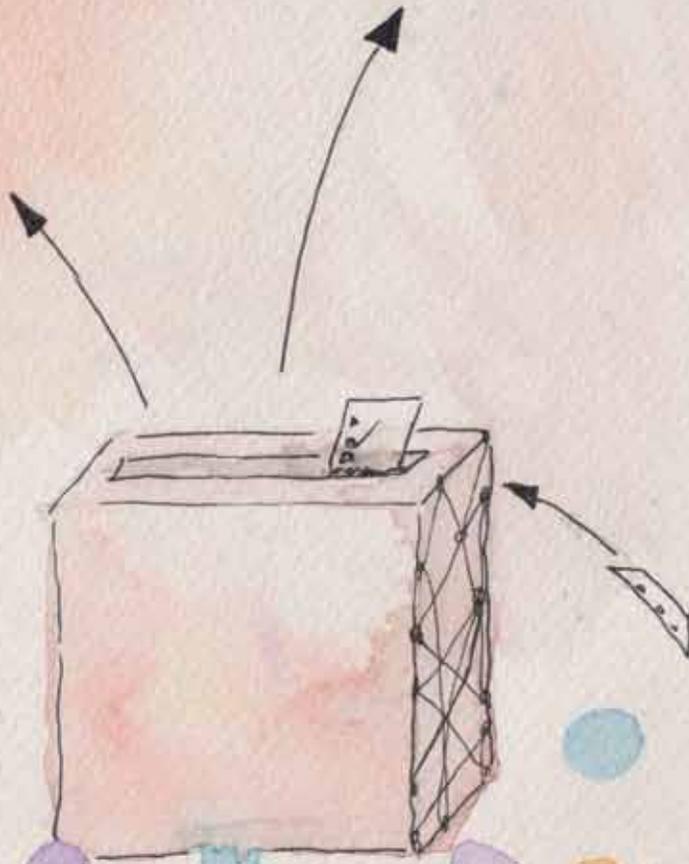
täts- und Diskurspolitik eintauschte, wurde Israel als Hassobjekt fixiert. Die Etablierung des Antizionismus als „ehrbarer Antisemitismus“, die Jean Améry in den 1960ern in der deutschen Linken beobachtete, hat sich in dieser Zeit auch jenseits des Atlantiks vollzogen.

Aus 30 Interviews mit Mitgliedern von 16 politischen Gruppen lässt sich kaum eine lückenlose Analyse der amerikanischen Linken erstellen. In Verbindung mit der historischen Darstellung gibt Arnolds Studie jedoch einen guten und plausiblen Eindruck, wie es die US-Linke mit dem Antisemitismus hält. Befremdlich ist lediglich Arnolds Schluss: Linke Positionen seien bloß „Ermöglichungsbedingungen“ für antisemitische Diskurse. Wer sich antirassistisch und antiimperialistisch betätigt, dem könne schon einmal ein antisemitisches Versehen passieren. Dass es sich vielleicht umgekehrt verhält, dass sich also das Engagement gegen Israel aus dem Antisemitismus ergibt, bestreitet Arnold – obwohl ihr Material diese Vermutung durchaus nahelegt.

Sina Arnold: Das unsichtbare Vorurteil. Antisemitismuskurse in der US-amerikanischen Linken nach 9/11. Hamburg: Hamburger Edition 2016, 488 Seiten, €38 (E-Book €29,99)

Simon Gansinger studiert Philosophie an der Universität Wien.

dossier



ÖH-Wahl

16.-18. Mai 2017



Was du über die ÖH wissen solltest

Von Bürokratieverwirrung, demokratischen Systemen und Soziologiefesten.
Eine Anleitung, um die ÖH in ihren Grundzügen zu verstehen.
Für AnfängerInnen, von einer (fast) Anfängerin.



Das Studium ist verwirrend. „Die“ Uni ist gar nicht eine Uni, sondern befindet sich in ungefähr 400 Gebäuden, ProfessorInnen sind auch nur Menschen und wenn man sich nicht rechtzeitig für etwas anmeldet, hilft auch nicht lieb bitte sagen. Kurzum: Studienbeginn ist so ziemlich die Hölle und anfangs ist man vor allem damit beschäftigt, sich durch einen Bürokratie-Dschungel zu schlagen und dabei nicht aufs Lernen, Essen und Atmen zu vergessen. Aber spätestens, wenn du im zweiten Semester bist, weißt du, dass die Getränke im

Automaten überraschend billig sind, und musst nicht mehr halbfreundliche Begegnungen um Wegbeschreibungen bitten. Dann hast du Zeit, dich zu fragen, wie die wirklich wichtigen Dinge funktionieren. Die ÖH zum Beispiel. Die ist nämlich verdammt kompliziert. Aber keine Panik, dieser Artikel bietet dir den ultimativen Guide.

ALLGEMEINES. Die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (kurz ÖH) wurde 1945 gegründet und versteht sich als Sprachrohr der Studierenden gegenüber den

Hochschulen und der Politik. Außerdem vertritt sie die österreichischen StudentInnen im internationalen Bereich. Alle zwei Jahre wird sie von allen Studierenden neu gewählt. Von 16. bis 18. Mai steht die nächste Wahl an und deshalb solltest du spätestens dann wirklich Bescheid wissen. Die Mitgliedschaft in der ÖH ist Pflicht, das bedeutet, dass alle Studierenden automatisch ab der Zulassung zum Studium Mitglied sind. Das schließt mit ziemlich großer Wahrscheinlichkeit auch dich ein, du hast also die dementsprechenden Rechte und

Pflichten. In dem Fall sind es vor allem Rechte – Wählen gehen zum Beispiel (subtile Aufforderung, hust hust).

Derzeit Vorsitzende der ÖH ist Lucia Grabetz vom VSSStÖ (Verband Sozialistischer StudentInnen in Österreich), also sozusagen die Arbeiterkammer-Präsidentin der Uni-Welt. Ihre Hauptaufgabe ist gemeinsam mit den anderen drei Vorsitzenden die Vertretung der ÖH nach außen.

STUDIENVERTRETUNG. Organisiert ist die ÖH in mehreren Ebenen.

Vermutlich hast du schon von der Studienvertretung (StV) gehört oder ihr ein verzweifertes Mail geschrieben, weil dir das jemand in einer x-beliebigen Facebook-Gruppe geraten hat. Und das ist auch okay, denn die StV ist die erste Ansprechpartnerin für (verzweifelte) Studierende.

Auf FHs sieht das ein bisschen anders aus. Hier ist die ÖH in drei Ebenen organisiert: Es gibt eine Hochschulvertretung (siehe unten), eine Jahrgangsvertretung, die speziell für die Betreuung eines Jahrgangs zuständig ist, und – wie an den Universitäten – Studienvertretungen.

Jede Studienrichtung hat ihre eigene Studienvertretung mit je nach Studiengröße drei bis fünf Personen, die sich aktiv darum kümmern, den Studienalltag möglichst angenehm zu gestalten, und dir bei Problemen helfen – das Anmeldesystem zu verstehen zum Beispiel. „Den Großteil unserer Zeit investieren wir in Tutorien und Beratung“, meint Timo von der StV BaGru Soziologie an der Universität Wien. „Jeden Tag hat jemand Jour-naldienst und steht sowohl per Mail als auch persönlich für Fragen bereit – besonders Erstsemestrige holen sich oft Rat“, so Timo im Interview. Außerdem beschicken die Studienvertretungen verschiedene Gremien, in denen sie für die Rechte der Studierenden eintreten. Und auch der Spaß kommt nicht zu kurz: „Wir veranstalten aber auch ein bis zwei Mal im Semester ein Soziologiefest“, betont Timo.

Gewählt werden die VertreterInnen durch Personenwahl. Das bedeutet, dass die StudienvertreterInnen nicht in Zusammenhang mit einer der Fraktionen (dazu später mehr) stehen, sondern als neutrale AnsprechpartnerInnen agieren sollen. Aber auch Freiwillige, die nicht gewählt sind, wirken in manchen Studienvertretungen mit. So zum Beispiel Timo, der sich seit seinem ersten Semester engagiert: „Bei uns werden alle Entscheidungen basisdemokratisch getroffen, was bedeutet, dass alle, die zu unserem wöchentlichen Plenum kommen, mitbestimmen dürfen. Es sind also nicht nur die gewählten VertreterInnen an Entscheidungen beteiligt.“ Dieses Prinzip ist bei Basisgruppen besonders wichtig. Sie wollen niemanden überstimmen, sondern nach einer gemeinsamen Lösung suchen, bis ein Konsens gefunden ist.

FAKULTÄTSVERTRETUNG. Zwischen Studienvertretung und Hoch-

schulvertretung agieren Fakultäts- und Zentrumsvertretungen auf der Ebene der Fakultäten bzw. Zentren. Falls du (wie ich) auch nicht weißt, was eine Fakultät ist und bis jetzt immer nur gelächelt und genickt hast, wenn jemand das Wort erwähnt hat, kommt hier die lang ersehnte Antwort:

Alle zwei Jahre, immer vor einer anstehenden ÖH-Wahl, beschließt die Universitätsvertretung die Zusammenfassung verschiedener Studienrichtungen zu Studienvertretungen und die Zuordnung der Studienvertretungen zu Fakultäts- bzw. Zentrumsvertretungen. Das bedeutet, es handelt sich de facto einfach nur um ein Bündel von Studienvertretungen, die zusammengefasst werden.

Um beim Beispiel Soziologie zu bleiben: Aktuell gehört dieses Fach gemeinsam mit Kultur- und Sozialanthropologie, Publizistik, Gender Studies, Pflegewissenschaft und Politikwissenschaft zur Fakultät für Sozialwissenschaften. „Wir arbeiten eng mit den anderen Studienvertretungen unserer Fakultät zusammen und sind gut vernetzt“, erklärt Timo.

Insgesamt gibt es zum Beispiel an der Uni Wien 15 Fakultäten. Diese Zahl ändert sich aber von ÖH-Wahl zu ÖH-Wahl und von Universität zu Universität. Manche Universitäten bzw. Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen haben gar keine Fakultäten, sondern „Departments“, die keine eigenen Vertretungen haben. Ob es und zu welcher Fakultät das Studium deines Herzens gehört, erfährst du auf der Webseite deiner lokalen ÖH bzw. Studienvertretung.

Die Fakultätsvertretungen vertreten dich gegenüber dem Dekanat (sozusagen die Frau oder der Herr Direktor, nur mit weniger Klischee und mehr wissenschaftlichem Background) und arbeiten in verschiedenen Unigremien. Diese Ebene der ÖH wird nicht gewählt, sondern die MandatarInnen werden von den je zugeordneten Studienvertretungen entsandt.

HOCHSCHULVERTRETUNG. Die Hochschulvertretung ist die nächsthöhere Ebene. Man kann sie sich als Studierendenparlament jeder einzelnen Hochschule vorstellen. In diesem Organ der ÖH sitzen verschiedene Fraktionen, die ähnlich wie die Parteien im Parlament verschiedene Interessen vertreten. An den einzelnen Hochschulen kandidieren

zum Teil andere Fraktionen als auf Bundesebene.

Alle Hochschulvertretungen müssen verpflichtend je ein Referat für Bildungspolitik, Sozialpolitik und wirtschaftliche Angelegenheiten (Wirtschaftsreferat) einrichten, können aber bei Bedarf auch andere initiieren. Ein Referat ist eine Organisationseinheit, die eine bestimmte Aufgabe innerhalb der ÖH erfüllen soll.

Eine weitere Aufgabe der Universitätsvertretung ist es, VertreterInnen in den Senat zu schicken. Der Senat ist ein Entscheidungsorgan der Universität, in dem Lehrende, allgemeines Personal und eben Studierende sitzen. Hier werden unter anderem Curricula beschlossen.

BUNDESVERTRETUNG. Die ÖH-Bundesvertretung ist die Vertretung aller Studierenden an Universitäten, Privatuniversitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen in Österreich. Die Bundesvertretung besteht aus 55 VertreterInnen.

Seit 2015 wird die ÖH-Bundesvertretung wieder direkt durch Listenwahl gewählt. 2017 kandidieren folgende Fraktionen, die zum Teil Parteien nahestehen:

AG – AktionsGemeinschaft (Studentenforum), Vorfeldorganisation der ÖVP

FLÖ – Unabhängige Fachschaftslisten Österreichs, parteiunabhängig

GRAS – Grüne & alternative StudentInnen, Vorfeldorganisation der Grünen

JUNOS – Junge liberale Studierende, Vorfeldorganisation der NEOS

KSV-LILI – Vorfeldorganisation der Bundes-KPÖ

KSV-KJÖ – Vorfeldorganisation der steirischen KPÖ

RFS – Ring Freiheitlicher Studenten, Vorfeldorganisation der FPÖ

VSStÖ – Verband Sozialistischer StudentInnen in Österreich, Vorfeldorganisation der SPÖ

Diese Fraktionen sind es, die du per Listenwahl wählen kannst, um ihnen Sitze im ÖH-Bundesrat zu verschaffen. Yay, Demokratie!

Die Bundesvertretung vertritt die Interessen aller Studierenden österreichweit, berät in verschiedenen Referaten und gibt zusätzlich Broschüren zu studienrelevanten Themenstellungen heraus. Zu einer wichtigen Aufgabe gehört das Bilden der Ausschüsse für

Bildungspolitik, Gleichstellungsfragen, Internationale Angelegenheiten, Sonderprojekte, Sozialpolitik und jenem für wirtschaftliche Angelegenheiten. Diese werden je nach Stärke der Fraktionen in der Bundesvertretung beschickt. Zweimal pro Semester finden Sitzungen statt, die öffentlich zugänglich sind.

Außerdem besetzt auch die ÖH-Bundesvertretung Referate. Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Referaten existieren momentan noch folgende andere: das Referat für Studien- und MaturantInnenberatung, das Referat für ausländische Studierende, das Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten, das Referat für pädagogische Angelegenheiten, das Referat für Internationale Angelegenheiten, das Referat für Öffentlichkeitsarbeit, das Unabhängige Tutoriumsprojekt, das Referat für feministische Politik, das Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik, das Referat für Barrierefreiheit, das queer_referat und das Referat für Privatuniversität-Angelegenheiten.

Ein gutes Beispiel, um zu verstehen, was ein Referat macht, ist jenes für Öffentlichkeitsarbeit. Dieses Referat kümmert sich um die Webseite der ÖH und gibt Flyer und Broschüren heraus. Außerdem ist progress, also die Zeitung, die du gerade liest, Teil davon.

Seit 2015 ist auf Bundesebene die AG mit 16 Mandaten vorherrschend, knapp dahinter die GRAS mit 12. Wenn nicht eine Fraktion die absolute Mandatsmehrheit erreicht, bilden mehrere eine Koalition, um die Exekutive zu übernehmen (wir sind ja schließlich in Österreich...). Derzeit sind das FEST, FLÖ, GRAS und VSStÖ. Die Exekutive setzt die Beschlüsse der Bundesvertretung um und sorgt dafür, dass in den Referaten und Arbeitsbereichen alles glatt läuft. Großteils sind hier ehrenamtliche MitarbeiterInnen am Werk, es gibt aber auch zahlreiche Angestellte, die in den Referaten tätig sind. Bei Fragen stehen die Referate und Arbeitsbereiche jederzeit zur Verfügung.

Das war also die ÖH im Schnelldurchlauf. Und genau deshalb zahlst du deine 19,20 Euro ÖH-Beitrag. Schon irgendwie das Geld wert, oder?

Clara Porak studiert Deutsche Philologie und Bildungswissenschaften an der Uni Wien.

Die kommenden Herausforderungen der ÖH

Alle zwei Jahre wählen Österreichs Studierende ihre Vertretung, seit 2015 wird auch die Bundesvertretung wieder direkt gewählt. Welche Probleme und Herausforderungen werden sich der künftigen ÖH-Spitze stellen und wie wollen die Fraktionen damit umgehen?

In den letzten Jahren haben sich große Demonstrationen oder Aktionen zum Thema österreichische Bildungspolitik rar gemacht. Das heißt aber leider nicht, dass sich die Situation an den Hochschulen entspannt hätte – es haben nur alle gelernt, damit zu leben. Maßnahmen wie die Studieneingangs- und Orientierungsphase (StEOP), gegen deren Einführung 2009 noch heftig protestiert wurde, sind heute für Studienanfänger_innen Normalität geworden, die nicht unbedingt hinterfragt wird.

STUDIENPLATZFINANZIERUNG. Mit der sogenannten „Studienplatzfinanzierung“ will die Regierung die Unis finanziell entlasten. Seit das Regierungsprogramm eine Überarbeitung erfahren hat, ist fix, dass berechnet werden soll, wie viel ein Studienplatz kostet. Danach soll dann auch entschieden werden, nach welchem Schlüssel die Unis Geld für eben jene Studienplätze bekommen sollen. Vermutlich werden dabei genau so viele „Studienplätze“ herauskommen, wie Budget da ist. Sprich: Flächendeckende Zugangsbeschränkungen und die Reduktion von Studierendenzahlen sollen die Unis „entlasten“. Da die Details noch nicht ausgehandelt sind, hat die zukünftige Bundesvertretungsspitze einige Einflussmöglichkeiten. Ob die ÖH allerdings viel verhandeln können wird, ist fraglich. Die meisten Fraktionen lehnen flächendeckende Zugangsbeschränkungen ab. Sowohl Grüne und Alternative Studierende (GRAS), der Verband sozialistischer Student_innen Österreichs (VSStÖ), die Fachschafftslisten (FLÖ) und die beiden kommunistischen Listen KSV-KJÖ und KSV-LiLi fordern stattdessen einen offenen Hochschulzugang, der staatlich finanziert werden soll. Die Aktionsgemeinschaft (AG) begrüßte die „kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung“, lehnt Studiengebühren jedoch ab – Zugangsbeschränkungen nennt die AG „Zugangsmanagement“ und fordert „faire und transparente

Aufnahmetests“. Die Jungen Liberalen Studierenden (JUNOS) hingegen sind begeistert von den Ideen des sozialdemokratischen Kanzlers: „Christian Kern setzt mit der Studienplatzfinanzierung erste richtige Schritte in Richtung fairer Zugangsbeschränkungen.“ Die Fraktion fordert „nachgelagerte Studiengebühren“ in der Höhe von bis zu 500 Euro im Semester, die nach dem Studium bezahlt werden sollen. Der RFS will ausländischen Studierenden nur dann einen Studienplatz gönnen, wenn sie in ihrem Herkunftsland ebenfalls einen vorweisen können, was für Drittstaatenangehörige allerdings bereits Realität ist.

UNIS UND ANDERE HOCHSCHULEN. Seit der letzten Wahl 2015 sind alle Studierenden von Universitäten, Privatunis, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen Mitglieder der ÖH. Rechtlich gesehen sind sie aber nicht gleichgestellt, da sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen je nach Hochschultyp stark unterscheiden. Während die Regierung keine Pläne hat, einen einheitlichen Hochschulraum zu schaffen, sehen die Listen, die sich zur ÖH-Wahl stellen, das anders. Die GRAS schreibt zum Beispiel: „Das Problem liegt vor allem in den rechtlichen Grundlagen: Welche Rechte Student_innen haben, ob und wenn ja wo sie diese einfordern können, hängt maßgeblich vom Hochschulsektor ab. Bei einem einheitlichen Hochschulraum wären auch Wechsel zwischen den Sektoren wesentlich einfacher und unbürokratischer möglich“, und fasst damit die Meinung fast aller Fraktionen zusammen. Der KSV-KJÖ stellt die Privatuniversitäten jedoch in Frage, „denn von kritischer Lehre und Bildung kann dort nicht die Rede sein“. Der KSV-LiLi will sie nicht weiterhin öffentlich bezuschussen lassen. Die FLÖ betont, „Österreich braucht keinen einheitlichen Hochschulraum, aber ein klares bundesweites Studienrecht für alle

Studierenden“. Auch die AG begrüßt den Status quo: „Eine Trennung ist durchaus sinnvoll, da so eine Vielfalt von ‚Systemen‘ erhalten bleibt und man für sich selbst entscheiden kann, welches für einen selbst das beste ist.“

SOZIALE LAGE. Die letzte Studierenden-Sozialerhebung zeigte: Obwohl 61 Prozent der Studierenden erwerbstätig sind, ist über ein Viertel von starken finanziellen Schwierigkeiten betroffen. Von der Familie wird nur ein Drittel finanziert – somit bleibt die staatliche Studienbeihilfe die wichtigste Unterstützung für Studierende. Erfolgreich ist sie auch: Die Studienabschlussquote ist bei jenen Studis, die eine Beihilfe beziehen, doppelt so hoch wie bei anderen. Die Beträge sind jedoch niedrig und der Kreis der potentiellen Bezieher_innen ist klein. So wundert es wenig, dass auch hier sämtliche Fraktionen Erhöhungen und Änderungen fordern. Dass die Studienbeihilfe seit 1999 nicht mehr an die Inflation angepasst wurde, ärgert die wahlwerbenden Gruppen ebenso wie die diversen Altersgrenzen, die spätentschlossenen Studierenden das Leben schwer machen. Wie die Beihilfen künftig aussehen sollen, darüber sind die Fraktionen sich jedoch nicht eins: Während JUNOS mehr „Leistungsstipendien“ fordern, will die GRAS ein „existenzsicherndes Grundstipendium von 844 Euro im Monat für alle Student_innen“, der KSV-KJÖ sieht soziale Absicherung nur im Sozialismus als möglich an, FLÖ und AG wollen zusätzlich eine Aufstockung verschiedener Sachleistungen.

MOBILITÄT. In einem Thema sind sich alle Fraktionen, die in die Bundesvertretung wollen, einig: Sie fordern alle ein österreichweit gültiges günstiges Studiticket. Über diese Forderung – und darüber, dass der öffentliche Verkehr für Studierende in anderen europäischen Ländern gratis



ist – haben wir in der letzten *progress*-Ausgabe ausführlich berichtet („Sparchiene“, S. 8). Eine andere Art der Mobilität ist jene zwischen den Hochschulen, sowohl in Österreich als auch im europäischen Hochschulraum. Mit einem FH-Bachelor einen Uni-Master zu belegen ist in der Praxis oft ein sehr steiniger Weg mit vielen Behördengängen. Sowohl VSStÖ als auch JUNOS schlagen deswegen die Schaffung einer Informationsquelle vor, in der mögliche Anrechnungen und weiterführende Studien dokumentiert werden, die GRAS will diese Frage europaweit geklärt wissen. Bis auf eine Fraktion sind sich alle einig, dass das Bologna-System nicht durchlässig genug ist. Der KSV-KJÖ möchte das System dagegen abschaffen und zurück zu den Diplomstudien. Der KSV-LiLi möchte die Marktlogik des Bologna-Systems bekämpfen und so für mehr Mobilität sorgen.

BARRIEREN. Für eine ganze Reihe Studierender ist der Studienalltag von Barrieren geprägt. Diese können im Falle körperlicher Beeinträchtigungen ganz einfach baulicher Natur sein, andere Barrieren sind nicht so offensichtlich. Alle Fraktionen begrüßen einen barrierefreien Ausbau der Infrastruktur, in den Details unterscheiden sich die Zugänge jedoch. Der KSV-LiLi sieht Nachholbedarf bei der Barrierefreiheit: „Während in anderen Ländern versucht wird, allen Menschen das Studieren zu ermöglichen, fangen österreichische Hochschulen gerade mal damit an, Aufzüge oder Rampen zu installieren.“ Die FLÖ hingegen ortet vor allem Mangel bei der Beratung und sieht auch die ÖH im Zugzwang: „Die ÖH kann sich dafür einsetzen, mehr Beratungen anzubieten und Anlaufstellen einzurichten.“ VSStÖ und GRAS erinnern daran, dass auch psychische Krankheiten wie Depressionen berücksichtigt werden müssen und fordern alternative Lern- und Prüfungsmodalitäten wie Online-Vorlesungen. Ebenfalls größtenteils

unsichtbare Barrieren stellen sich für LGBTIQ-Studierende, vor allem für Trans- oder Inter-Studierende, deren Geschlecht nicht mit der Geschlechtsangabe in ihrem Pass übereinstimmt. Die Initiative #NaGeH fordert, dass Unis künftig unbürokratisch Vornamen und Geschlechtseintrag von inter*, trans und nichtbinären Menschen ändert. Diese Forderungen werden von den meisten Fraktionen geteilt, einzig die FPÖ-Vorläuferorganisation RFS äußert sich auf ihrer Homepage verächtlich über LGBTIQ-Studierende. Binäre Toiletten – also solche, die nach dem klassischen „Mann/Frau“-Schema aufgeteilt sind, nennt der RFS zwar „Unfug“, scheint sich der Bedeutung dieser Aussage jedoch nicht bewusst zu sein. Die AG hat sich nicht zu den Forderungen von #NaGeH geäußert, sieht die ÖH jedoch als zuständige Organisation, bei der sich Studierende bei Diskriminierungen melden könnten.

BILDUNG. Studierende und Hochschule sind nur der letzte Teil der Pipeline des österreichischen Bildungssystems und viele Probleme entstehen an anderer Stelle. Es ist daher wichtig, dass die ÖH einen genauen Blick auf die Reformen im Bildungssystem wirft – alleine schon deswegen, weil sie ja auch die zukünftigen Lehrer_innen vertritt, die momentan studieren. Zu der Frage, wie das Bildungssystem insgesamt organisiert werden soll, halten sich die Fraktionen eher bedeckt – die GRAS fordert aber z.B. die Einführung der Gesamtschule, der KSV-KJÖ will die Schulen demokratisieren. Schüler_innen sollten, da sind sich die Fraktionen einig, besser auf ein Hochschulstudium vorbereitet werden. Die JUNOS sagen dazu: „Der Wert der Bildung muss früh im Schulsystem vermittelt werden“, GRAS, VSStÖ, FLÖ und AG fordern mehr Informationen – das Referat für Maturant_innenberatung der Bundesvertretung muss sich um seinen Fortbestand also keine Sorgen machen. GRAS und VSStÖ fordern zusätzlich ein Vorstudium,

bei dem Fächer ausgetestet werden können, die AG einen freiwilligen Selbsteinstufungstest.

MAHLZEIT. Während in vielen Ländern das Essen in der Mensa zum Studierendenalltag gehört, ist das Angebot in Österreich dürftig und dazu noch recht teuer. Die AG nähert sich hier grünen Positionen an und fordert regionale Speisen. Vegetarische Optionen sind GRAS und KSV-KJÖ wichtig, die JUNOS wollen, dass das Mensapickerl auch bei privaten Gaststätten als Vergünstigung gilt, während der KSV-LiLi ein Problem mit Mensen als Privatunternehmen hat. FLÖ und VSStÖ fordern zusätzlich offene Küchen, in denen Studierende selbstständig kochen können.

ZUSAMMENGEFASST: Die Antworten auf die zukünftigen Fragen der ÖH unterscheiden sich nicht so sehr, wie man es zunächst vielleicht annehmen würde, gerade beim offenen Hochschulzugang jedoch gewaltig. Die Fraktionen haben nicht nur unterschiedliche Zugänge zu Themen, sondern auch zu der Art und Weise, wie sie als ÖH arbeiten wollen. Für Wähler_innen, die bisher wenig Kontakt mit der ÖH hatten, ist dies jedoch schwierig herauszuschälen. Es empfiehlt sich daher, sich umfassend zu informieren, bevor eins zwischen dem 16. und 18. Mai seine Stimme verteilt.

Redaktioneller Hinweis: Die Positionen der Fraktionen wurden mit einem Fragebogen und den jeweiligen Webseiten erarbeitet.

Joël Adami studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur Wien.

Zwischen Widerstand und Kompliz*innenschaft

Bei der Arbeit an der Basis der Studienvertretung macht man immer wieder Erfahrungen mit widersprüchlichen Verhältnissen und schwierigen Situationen.

Die Arbeit in einer Studienvertretung ist anders als die in den höheren Ebenen der ÖH. Alles passiert nur im kleineren Rahmen und viel unvermittelter: Die Menschen, denen du gerade noch in einer Sitzung volle Opposition geben musstest, geben dir in der Woche darauf vielleicht schon entscheidende Noten. Personen, denen du vielleicht ihr unfaires Verhalten gegenüber anderen Studierenden vorwerfen musstest, entscheiden später über deine Zukunft im wissenschaftlichen Betrieb. Oder es fragen dich Lehrende, mit denen du persönlich gut auskommst, deren Lehre aber grottig schlecht ist, warum du gegen ihre Lehrveranstaltung im kommenden Semester gestimmt hast.

Manche Studienvertretungen organisieren sich dabei auch noch als Basisgruppen. Das bedeutet, dass sie versuchen, möglichst ohne Hierarchien zu arbeiten. Die durch die Wahlen gewonnenen Mandate sind dabei irrelevant, denn Entscheidungen werden in der Gruppe getroffen und der Diskussionsprozess ist dabei wichtig: Jede*r darf mitdiskutieren, und gegebenenfalls ein Veto einbringen, und dann muss eine andere Lösung für ein Problem gefunden werden. Klassische Kampfabstimmungen sind nicht Teil des Selbstverständnisses solcher Basisgruppen.

Diese Gruppen verstehen sich also nicht als Vertreter*innen, die für die anderen Studierenden sprechen. Sie wollen einen offenen Raum schaffen, in dem sich alle, die das möchten, einbringen können. Oft sieht man sich dann leider mit einer passivierten Studierendenschaft konfrontiert. Ob durch den Neoliberalismus im Allgemeinen oder durch den Bologna-Prozess im Speziellen, die Universitäten werden nicht mehr als Raum gesehen, in dem Mitgestaltung möglich ist. Davon zeugt auch die weiterhin sinkende Wahlbeteiligung bei den ÖH-Wahlen. Das durch die Reformierung der Universitäten erzeugte Selbstbild der Studierenden ist nicht mehr das eines gleichberechtigten Teils dieser Institution, sondern im besten Falle noch das von Kund*innen: Wir nehmen nur mehr eine Dienstleistung in Anspruch, und es gibt kein besseres Mindset, um für Studienplatzfinanzierung oder Studiengebühren zu argumentieren.

GREMIEN, KURIEN, DISKUSSIONEN. Zu den Rechten von gewählten Mandatar*innen einer Studienrichtungsvertretung gehört die Teilnahme an Curricular-Arbeitsgruppen, in denen einzelne Institute die konkrete Gestaltung ihrer Studienpläne erarbeiten. Und das kann ein langer Prozess sein.



Zwischen persönlicher Abneigung und internen Grabenkämpfen wird dort jede einzelne Formulierung diskutiert, wird darüber entschieden, welche Module von Studierenden wie absolviert werden müssen und jedes administrative Detail des Curriculums geklärt. Es ist zwar selbstverständlich, dass die Studierendenkurie Teil dieser Gremien sein darf, aber nicht, dass sie dort auch gehört wird.

Je nach Verhältnis zum jeweiligen Gegenüber gibt es genügend Situationen, in denen Beiträge von Studierendenvertreter*innen einfach belächelt oder schlicht ignoriert werden. Wurde dem Institutsvorstand schon einmal Sexismus vorgeworfen? Musste man schon mehrmals Konflikte von Studierenden mit der Studienprogrammleiterin ausfechten? Dann kann es gut sein, dass studentische Einwände prinzipiell überstimmt werden. Denn viele Institutionen des Studienrechts sind mittlerweile in einer Form gestaltet, die es leicht macht, solche Anliegen zu übergehen. Es scheint fast so, als sollten es sich Studierende zweimal überlegen, die übergriffige Sprache eines Professors zu kritisieren, um im nächsten Gremium überhaupt noch gehört zu werden, oder sogar eine Chance auf Mitgestaltung zu bekommen.

Die Studienkonferenz ist dagegen das einzige Gremium, in dem Studierende tatsächlich eine Mehrheit stellen können. Dort werden konkrete Fragen der Lehre diskutiert, zum Beispiel welche Lehrveranstaltungen im nächsten Semester angeboten werden und welche auf gar keinen Fall Teil des Angebots sein sollen. Das klingt nach einer sehr mächtigen Position, und wenn das Verhältnis zum Institut gut läuft, kann dort tatsächlich ernsthafter Einfluss auf die Ausrichtung der Lehre genommen werden. Aber letztlich hat die Studienkonferenz nur mehr eine

beratende Funktion, das letzte Wort hat immer noch die Studienprogrammleitung.

In diesem Kontext ist es oft schwierig, den Sinn der eigenen Arbeit noch zu sehen. Ist es wirklich alles, mit dem eigenen Budget spannende Projekte zu fördern und jedes zweite Semester eine Party zu organisieren? Oder noch viel schlimmer: Sind wir hier unfreiwillige Kompliz*innen im neoliberalen Umbau der Universitäten, wenn wir mit unserer Anwesenheit in diesen Gremien auch noch deren Entscheidungen legitimieren, selbst wenn wir dagegen sind? Erlauben wir der Universität, sich hier mit den Federn der Studierendenbeteiligung zu schmücken, auch wenn von den guten Ideen der Curricular-Arbeitsgruppe nach der Überarbeitung durch die Senats-Kommission nicht mehr viel übrig ist?

DESHALB BETEILIGEN. Wahrscheinlich müssten diese Fragen mit einem Ja beantwortet werden. Aber diese Universitäten und ihre Teile, sowie deren einzelne Kurien und Fraktionen sind eben keine geschlossenen Gefäße, keine starren Einheiten. Immer wieder lassen sich kleine Allianzen finden, mit denen manchmal eine Mitgestaltung im kleinen Rahmen möglich wird. Die Position, durch die Studierende in Konflikten gegenüber Lehrenden und ihrer Autorität solidarisch unterstützt werden können, ist notwendig. Denn ob nun die Studienvertreter*innen in den Gremien und Kurien anwesend sind, kann den Instituten und Fakultäten egal sein. Sie können auch ohne die Zustimmung der Studienvertreter*innen Entscheidungen treffen. Eine Totalverweigerung hätte also keinen Stillstand der Institution zur Folge, sondern würde nur bedeuten, dass Studierende gar keine Stimme mehr hätten. Und auch wenn es nicht immer die gewünschte Wirkung hat, ist ein konsequentes Betonen der spezifischen Bedürfnisse von Studierenden wichtig. Wenn es nicht Teil der Lebensrealität von Lehrenden ist, oder nicht ihrem Bild von Studierenden entspricht, wird nie mitbedacht werden, was bestimmte Änderungen für Studis mit Betreuungspflichten, in Lohnarbeitsverhältnissen oder mit psychischen Schwierigkeiten bedeuten. In diesen Gremien zu sitzen, bedeutet das Schlimmste zu verhindern, oder es zumindest zu versuchen. Es ist eine anstrengende, oft undankbare und meistens gar nicht bezahlte Arbeit, aber sie ist wichtig.

Rem Bibischew studiert an der Universität Wien und engagiert sich in einer Basisgruppe.



Karrieresprungbrett ÖH

Die ÖH bietet das einzigartige Erlebnis, in einer Koalition mit höchst unterschiedlichen Leuten zu arbeiten: ein kurzer Einblick in eine Institution mit Karrierist*innen, Nachwuchspolitiker*innen und engagierten Studierenden.

Räumen wir gleich zu Beginn mit einem Vorurteil auf, welches der ÖH-Arbeit oft unterstellt wird: Es ist Arbeit! Und zwar viel Arbeit, undankbare Arbeit und unterbezahlte Arbeit. In meiner langen ÖH-Karriere durfte ich vor allem großartige ÖH-Frauen kennen lernen, die für eine Aufwandsentschädigung von 360 Euro 30 bis 40 Stunden die Woche gearbeitet haben. Viele stellten ihr Studium und ihr Sozialleben hinten an, um sich für bessere Studienbedingungen für alle Studierenden einzusetzen. Die Studierenden danken es oft mit Ignoranz, Abneigung oder gar offener Feindschaft. Von der Opposition bekommt man noch ständig an den Latz geknallt, dass man sich nur um die „Weltrevolution“ kümmere und nicht um studienrelevante Themen und Service. Nur wird verkannt, dass die meisten Studienvertretungen eben beides machen.

Und dabei zerreiben sie sich zwischen dem Anspruch, bessere Bedingungen an Hochschulen zu schaffen, und der Realität, ein System mitzutragen, das in den letzten Jahren immer mehr Verschlechterungen in diesem Bereich brachte, gerade für nicht privilegierte Studierende.

REALISMUS UND SEILSCHAFT.

Dass man nach Jahren zermürbender ÖH-Arbeit dann auch einen Nutzen ziehen oder wenigstens keinen Nachteil daraus haben möchte, ist verständlich. So sagte mir eine ÖH-Kollegin vor einiger Zeit, als eine sehr gut bezahlte Stelle in einer parteinahen Organisation ausgeschrieben wurde: „Jetzt habe ich mir jahrelang den Arsch aufgeris-

sen für die Fraktion und die Partei, jetzt will ich dann auch einen Posten von denen haben.“ Diese Erwartungshaltung wirkt auf den ersten Blick vielleicht etwas präpotent, doch sie ist realistisch. Bei einer Stelle in der Partei oder deren Vorfeldorganisationen spielt die Mitgliedschaft und die Linientreue mindestens eine genauso große Rolle wie die Qualifikation.

Deshalb ist es kaum verwunderlich, dass nicht wenige Parteigranden ihre politische Karriere in der ÖH begannen. Schaut man sich die Liste der ehemaligen ÖH-Vorsitzenden (und damit den prestigeträchtigsten Posten innerhalb der ÖH) an, dann finden sich die Namen einiger prominenter Politiker*innen: Sigrid Maurer, der während ihrer Zeit als ÖH-Vorsitzende noch Hausverbot im Parlament wegen Störung erteilt wurde, sitzt jetzt eben dort; genauso wie ihr GRAS-Kollege und Posterboy der Grünen Julian Schmid. Wer in der SPÖ Karriere machen will, sollte sich ein Beispiel an Heinz Fischer (Vorsitzender der Bundesvertretung) und Michael Häupl (VStStÖ-Vorsitzender) nehmen und die politische Karriere bereits im Studium in Angriff nehmen. Im Übrigen war es Michael Häupl als VStStÖ-Vorsitzender, der Peter Pilz aus dem VStStÖ ausschloss. Das hat dessen Karriere nach einem Parteiwechsel wohl nicht geschadet. Auch bei den Konservativen ist ÖH-Arbeit gern gesehen – Reinhold Lopatka war Studienvertreter der Jurist*innen in Graz – allerdings ist die Mitgliedschaft im erzkonservativen Cartellverband wohl noch karrierefördernder.

Die ÖH-Politik ist hier sowohl Ochsentour als auch Politikkindergarten, wo Nachwuchspolitiker*innen schon mal Erfahrungen am parteipolitischen Parkett sammeln können. Gleichzeitig gibt es Vorgaben der Partei, die auch hier umgesetzt werden müssen. Kostspieligen Projekten oder Rücklagenauflösungen steht man zögerlich gegenüber, will man sich doch nicht mit einem zweiten „Café Rosa“ die politische Karriere verbauen.

Wer sich also in der ÖH abgearbeitet hat, kann bei manchen Fraktionen zurecht auf einen der hochdotierten Partiejobs hoffen. ÖH-Arbeit wird aber nicht nur in der Bewerbung zur/m Parlamentsmitarbeiter*in gerne gesehen, sondern auch in staatsnahen Betrieben helfen ÖH-Erfahrung und das richtige Parteibuch. Bundeskanzler Christian Kern kann ein Lied davon singen, sein Weg führte über den VStStÖ zu den ÖBB.

Wenn die „parteionabhängige“ ÖH-Fraktion keinen Posten abwirft, dann kann man immer noch seine politische Meinung mir nichts dir nichts wechseln, so geschehen bei Kilian Stark, der noch 2013 für die FLÖ in der Bundesvertretung arbeitete und 2014 schon für die Grünen Penzing tätig war.

REBELLION UND QUALIFIKATION.

Gerne wird die Studienzeit dann rückwirkend als rebellische Phase imaginiert, in der man noch aufmüppig und idealistisch war. Doch selbst diesen Anspruch haben einige in der ÖH wohl nicht an sich selbst. Denn nicht nur die Parteien wissen von der nützlichen Er-

fahrung, die man in der ÖH sammeln kann. Wer in der ÖH tätig war, weiß, wie man Veranstaltungen organisiert, Texte schreibt und redigiert, Verhandlungen führt und im Team zusammenarbeitet. Das sind alles Skills, die auch auf dem freien Markt gerne gesehen sind – und deshalb ist die ÖH im Lebenslauf ein großes Plus. Gerade im Öffentlichkeitsreferat lernt man all die nützlichen Tools, die man später in jeder PR-Firma und Werbeagentur einsetzen kann. Und inzwischen wissen auch Studierende, dass es kaum ein Manko ist, ein wenig länger fürs Studium zu brauchen, aber durch die ÖH schon Berufserfahrung auf dem Buckel zu haben.

Bei all dem darf nicht vergessen werden, dass die ÖH-Arbeit nicht allen offensteht. Natürlich gibt es redliche Bemühungen, gerade von Basisgruppen, so inklusiv und offen wie möglich zu sein. Doch nicht alle Studierenden haben die Zeit und die Ressourcen, sich der ÖH-Arbeit zu widmen. Hat man zum Beispiel Betreuungspflichten, wird die Teilnahme an abendlichen Plena, die sich bis in die Nacht ziehen, nahezu unmöglich. Auch sind nicht alle Studierenden entsprechend gut vernetzt, um einen Posten in Hochschul- oder gar Bundesvertretung zu ergattern. Auch wenn ÖH-Arbeit aufwendig und wichtig ist und Respekt verdient, so ist sie gleichzeitig ein Privileg.

Anne Marie Faisst studiert Internationale Entwicklung in Wien und ist seit Jahren politisch in der ÖH aktiv.

ÖH Versicherung

Als ÖH-Mitglied genießt du, im Rahmen deines Studiums, bei der Generali Versicherungs AG eine umfassende Unfall- und Haftpflichtversicherung.



oeh.ac.at/versicherung



Mail: studierendenversicherung@oeh.ac.at



Unter oeh.ac.at/versicherung findest du auch die jeweilige Ansprechperson für deine Hochschule



Fragen: oeh.ac.at/versicherung

